ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Article

Weltweite Finanz- und Konjunkturkrise treibt die deutsche Wirtschaft in eine tiefe Rezession

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:
Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2009) : Weltweite Finanz- und Konjunkturkrise treibt die deutsche Wirtschaft in eine tiefe Rezession, Wirtschaft im Wandel, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 15, Iss. 1, pp. 11-43

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/143689

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Weltweite Finanz- und Konjunkturkrise treibt die deutsche Wirtschaft in eine tiefe Rezession*

Internationale Konjunktur

Weltfinanzsystem in der Krise, Industrieländer in der Rezession

Im Herbst 2008 hat die Finanzkrise die entwickelten Volkswirtschaften in eine Rezession und die Weltwirtschaft in einen scharfen Abschwung gezogen. Die Produktion sank in den USA, im Euroraum, in Großbritannien und in Japan, und Frühindikatoren deuten auf eine Fortsetzung des Rückgangs im Winter hin. Das wirtschaftliche Wachstum in wichtigen Schwellenländern verliert mittlerweile rasch an Fahrt: In Russland schlägt die dortige Finanzkrise auf die Realwirtschaft durch, und in China hat die Industrieproduktion im Gefolge geringerer Zuwächse bei den Exporten und beim Wohnungsbau zuletzt drastisch an Dynamik verloren.

Realwirtschaftliche Indikatoren wie die aggregierte Industrieproduktion in den OECD-Ländern weisen darauf hin, dass der weltwirtschaftliche Abschwung schon im vergangenen Winter einsetzte und sich im Jahresverlauf beschleunigt hat. Dafür war die Finanzkrise zunächst nicht die hauptsächliche Ursache. Stattdessen waren die Industrieländer in der ersten Jahreshälfte neben der Immobilienkrise in den USA einem starken Angebotsschock von Seiten der Energie- und Rohstoffpreis-Hausse ausgesetzt. Sie trieb Inflation und Inflationserwartungen in die Höhe. Im Sommer brach aber die Rohstoffpreis-Hausse zusammen, nicht zuletzt wegen des sich eintrübenden Konjunkturklimas. Seitdem fallen die Inflationserwartungen für 2009 rasch, ebenso aber auch die Wachstumsaussichten. Denn die Weltwirtschaft hat mittlerweile mit einem schweren Nachfrageschock im Gefolge der Finanzmarktkrise zu kämpfen. Akut wurde die Krise mit der Insolvenz der Investmentbank Lehmann Brothers Anfang September.

Weltweit verstärken sich gegenwärtig, wie für eine Rezession typisch, die Abwärtstendenzen auf den Güter-, Kapital- und Arbeitsmärkten gegenseitig. Es ist schwierig, die quantitative Bedeutung von Entwicklungen auf einzelnen Märkten für die Gesamtwirtschaft abzuschätzen. Allerdings spielen die Finanzmärkte wie schon für den weltweiten Abschwung zu Beginn des Jahrzehnts eine Hauptrolle. Damals handelte es sich vor allem um eine Krise der Märkte für Risikokapital im Gefolge der Revision überoptimistischer Einschätzungen der *new economy*. Die aktuelle Finanzkrise wurde von der Revision der überhöhten Immobilienbewertungen in den USA ausgelöst und hat sich mittlerweile zu einer Solvenzkrise der Finanzinstitute selbst entwickelt. Die Renditen für Schuldverschreibungen von Finanzunternehmen sind drastisch in die Höhe geschossen. Aber auch die Risikoprämien, die Investoren gegenwärtig auf den Kapitalmärkten gegenüber Unternehmen geringerer oder nicht exzellenter Bonität verlangen, übersteigen ihr Niveau vom Beginn des Jahrzehnts. Die im vergangenen halben Jahr aufgelaufenen Verluste auf den Aktienmärkten[11] sind im Euroraum nicht geringer und in den USA und in Japan sogar deutlich höher als während eines beliebig gewählten Sechsmonatszeitraums in der Zeit nach dem Platzen der *new economy*-Aktienblase. Die Finanzierungsspielräume von Unternehmen werden von all dem eingeengt, sei es über teureres Eigenkapital, höhere Kapitalmarktzinsen und verschärfte Kreditkonditionen, sei es, dass der Verfall von Vermögenswerten die Möglichkeiten einschränkt, den Kapitalgebern Sicherungen zu stellen. Auch für private Haushalte werden die Finanzierungsspielräume enger, besonders in den USA und in einigen westeuropäischen Ländern, wo sich der Preisverfall für Wohnhäuser weiter fortsetzt.

Die Finanzmarktkrise gefährdet mittlerweile auch die außenwirtschaftliche Stabilität einiger Länder. Risiken sind ein angeschlagener und für das Land unverhältnismäßig großer Bankensektor (im Fall Islands), hohe Defizite der Leistungsbilanzen (wie im Baltikum und der Ukraine) oder der öffentlichen Haushalte (wie in Ungarn), eine hohe Auslandsverschuldung in Fremdwährung (Ungarn) und politische Labilität (die Ukraine). Die derzeitige Flucht in Sicherheiten führt zum Abzug von Kapital aus diesen Ländern und droht Abwertungsschübe der Landeswährung auszulösen. Auch Russland wird trotz der gewaltigen Leistungsbilanzüberschüsse der vergangenen Jahre als Risikokandidat gesehen, und nur umfangreiche Devisenmarktinterventionen der russischen Zentralbank konnten eine deutliche Ab-

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 49/2008 am 18. Dezember 2008 veröffentlicht.

[11] Gemessen an der relativen Veränderung der Indizes Euro Stoxx 50, Standard & Poor's 500 und Nikkei 225 von Mai bis November 2008 betragen die Verluste jeweils über 35%.

wertung des Rubel verhindern. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat im Oktober Island und im November Ungarn, der Ukraine sowie Pakistan Beistandskredite gewährt.

Auch auf nationaler Ebene hat die Wirtschaftspolitik auf die Verschärfung der Finanzkrise im September mit drastischen Maßnahmen reagiert. Seit dem Herbst ist sie in den entwickelten Ländern mit einer Vielzahl von Maßnahmen darum bemüht, Finanzkrise und Rezession einzudämmen. Die Notenbanken decken mit Hilfe unorthodoxer Instrumente den außerordentlich hohen Liquiditätsbedarf der Geschäftsbanken; die US-Notenbank, die Europäische Zentralbank (EZB) und die Bank von England haben ihre Leitzinsen in mehreren großen Schritten auf sehr niedrige Niveaus herabgesetzt. Zudem wird zur Stabilisierung der Finanzmärkte versucht, Geschäftsbanken mit öffentlichen Geldern von riskanten Wertpapieren zu entlasten oder die Eigenkapitalbasis von Banken zu erhöhen. Aufgrund einer international abgesprochenen Lockerung der Bilanzierungsvorschriften müssen Banken niedrigere Marktpreise für einige Klassen von Aktiva nicht mehr gewinnmindernd bilanzieren. Auch sind in zahlreichen Ländern, etwa in Großbritannien und Frankreich, Konjunkturprogramme auf den Weg gebracht worden. Ein besonders umfangreiches Konjunkturprogramm wurde im November von der chinesischen Regierung angekündigt.

Voraussetzungen für Ende der Rezession noch nicht gegeben

Der Wirtschaftspolitik wird es kaum gelingen, die Rezession in den Industrieländern noch im ersten Halbjahr 2009 zu beenden. Die Konjunkturprogramme werden, wenn sie denn überhaupt anschlagen, einige Zeit brauchen, bis sie produktionswirksam werden. Das gilt zumal für das erst noch zu formulierende Paket der künftigen US-Regierung. Auch positive Ankündigungseffekte sind begrenzt, weil Haushalte und Unternehmen wissen, dass eine konjunkturelle Erholung erst dann zu erwarten ist, wenn sich der Finanzsektor zu stabilisieren beginnt. Davor werden auch die Leitzinssenkungen wenig expansiv auf die Realwirtschaft wirken können. Stützend wirkt aber die erhebliche Kostenentlastung von Haushalten und Unternehmen in den Industrieländern durch den drastischen Fall der Energie- und Rohstoffpreise.

Eine Stabilisierung der Finanzmärkte und damit die Voraussetzung für eine konjunkturelle „Bodenbildung“ wird sich wohl erst einstellen, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind: Zum einen müssen die Märkte zur Überzeugung gelangen, dass die von den Staaten aufgespannten „Schutzschirme“ Insolvenzen größerer Finanzinstitute in den USA und in Westeuropa für die nächste Zeit tatsächlich verhindern. Zum anderen muss absehbar sein, dass der Fall der Immobilienpreise in den USA und in Teilen Westeuropas aufgrund von Angebotsverknappungen ausläuft. Damit dürfte auch der Verfall der auf Realkredit beruhenden Vermögenstitel zum Stillstand kommen. Es ist anzunehmen, dass dann mit dem gesunkenen Risiko des Ausfalls von Forderungen gegenüber Vertragspartnern auch die exorbitanten Risikoprämien auf den Kapitalmärkten wieder sinken. Die vorliegende Prognose rechnet hiermit für den Sommer 2009.

Freilich wird die Finanzkrise mit dem Eintritt in eine erste Stabilisierungsphase keineswegs bewältigt sein. Denn das Vertrauen in die Fähigkeit des Finanzsektors, effizient mit Risiken umzugehen, bleibt erst einmal verloren. Um es wiederherzustellen, sind Umstrukturierungen im Bankensektor erforderlich, die nicht Quartale, sondern Jahre dauern werden: Das gilt etwa für eine deutliche Erhöhung der Eigenkapitalquoten, die in der Krise zunächst einmal von den Verlusten gedrückt werden. Höhere Quoten können in dieser Situation nur durch kontraktiv wirkende Bilanzverkürzungen oder durch externe Eigenkapitalzufuhr erreicht werden; letztere ist freilich gegenwärtig extrem teuer oder nur mit staatlicher Hilfe zu erlangen.

Eine tiefgreifende Umorientierung ist beim Risiko-Controlling erforderlich: weg von rückwärtsgewandten und partialanalytischen Rechenmodellen hin zur Analyse gesamtwirtschaftlicher Risikoszenarien. Schließlich sind die Prozesse der Kreditverbriefung so umzugestalten, dass ein Abwälzen der Verlustrisiken von den Schultern der ursprünglichen Kreditgeber reduziert wird. Dabei wird wohl die Klasse intransparenter Verbriefungsinstrumente umgestaltet oder aufgegeben werden müssen. Allerdings sind diese Instrumente besonders in den angelsächsischen Ländern von hoher Bedeutung für die Bankkreditvergabe. Deshalb sind in den USA und Großbritannien die Zentralbanken und Regierungen momentan auch gezwungen, deutlich massiver in den Kreditschöpfungsprozess einzugreifen als in Kontinentaleuropa. Das kann freilich kein Dauerzustand sein. Für die Gesamtheit der entwickelten Volkswirtschaften gilt, dass die Finanzkrise erst dann bewältigt sein wird, wenn sich der Staat wieder weitgehend von der Rolle des Kapitalgebers zurückgezogen und auf seine ordnungspolitische

Funktion beschränkt haben wird – ein Zeitpunkt, der gegenwärtig in weiter Ferne scheint. Bis dahin ist aber auch für die Realwirtschaft mit schwierigen Finanzierungskonditionen zu rechnen.

Kasten 1:
Weltwirtschaftliche Annahmen für die Prognose

Der Prognose liegen folgende Annahmen zugrunde:
- Der US-Dollar-Kurs des Euro liegt im Jahr 2009 bei 1,30.
- Die Europäische Zentralbank senkt den maßgeblichen Leitzins bis auf 1,75% im zweiten Quartal 2009 und beginnt Ende 2009, ihn wieder anzuheben.
- Der Welthandel stagniert im Jahr 2009.
- Der Ölpreis (Marke Brent) liegt im Jahr 2009 im Schnitt bei 55 US-Dollar pro Barrel.

Die für Deutschland darüber hinaus geltenden Annahmen werden in Kasten 2 dargelegt.

USA: Wirtschaftspolitik stemmt sich gegen Rezession

Seit einem Jahr befindet sich die Realwirtschaft in den USA in der Krise.[12] Das Bruttoinlandsprodukt ist im dritten Quartal mit einer Jahresrate von 0,5% geschrumpft. Der Außenhandel blieb mit einem Wachstumsbeitrag von 1% eine wichtige Konjunkturstütze, war aber deutlich schwächer als in den Vorquartalen. Der stärkste dämpfende Effekt ging vom Konsum der privaten Haushalte aus, der annualisiert um 3,7% sank. Nachdem im zweiten Quartal noch ca. 20% der bis zu diesem Zeitpunkt verteilten Steuerschecks in den Konsum geflossen waren[13] und so einen Rückgang der realen Konsumausgaben verhindert hatten, sorgten nun die Turbulenzen auf den Aktien- und Finanzmärkten und die zu Quartalsbeginn noch hohen Energiepreise für den stärksten Konsumrückgang seit 1980. Außerdem reagierte der Arbeitsmarkt. Allein im November 2008 wurden mehr als eine halbe Million Stellen gestrichen, in den letzten drei Monaten sind es insgesamt 1,2 Millionen, seit Dezember 2007 fast zwei Millionen. In diesem Zug stieg die Arbeitslosenquote auf 6,7%. Bis zuletzt sanken die realen Konsumausgaben; die Sparquote stieg.

Eine von der University of Michigan durchgeführte Umfrage unter privaten Haushalten signalisiert, dass sich diese Entwicklung fortsetzen dürfte. Der Index für das Verbrauchervertrauen ist nach einem Einbruch im Oktober auch im November gesunken. Während der vergangenen 50 Jahre war nur im April und Mai 1980 die Einschätzung pessimistischer – damals lag der Index nur wenig niedriger als aktuell. Im November gaben mit 61% so viele Befragte wie noch nie an, dass sich ihre finanzielle Lage verschlechtert habe. Für die Hälfte der Umfrageteilnehmer ist die Unsicherheit bezüglich der Beschäftigungs- und Einkommensaussichten der Hauptgrund ihrer Konsumzurückhaltung. Zudem wollen die privaten Haushalte stärker sparen. Außerdem verhindert eine Verteuerung der Kredite eine Ausweitung der Konsumausgaben.

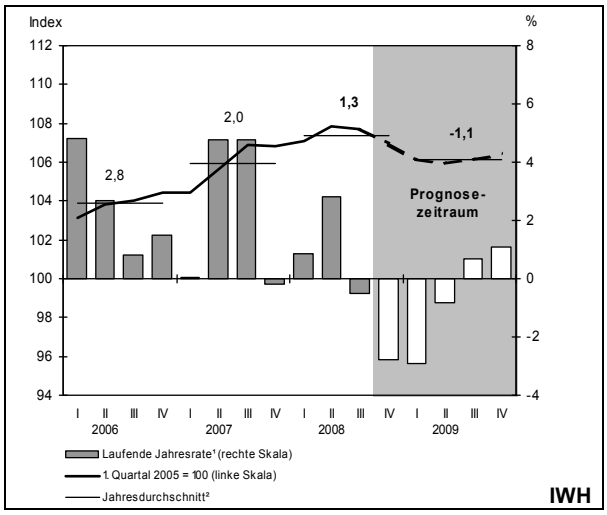
Auf dem Wohnungsmarkt hat sich die Abwärtsdynamik in den vergangenen Monaten erneut verstärkt. Die Hauspreise sind im September wieder kräftig gefallen, und auch die Wohnungsbauinvestitionen sanken im dritten Quartal um annualisiert fast 18%. Zwar erreicht die Bautätigkeit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt mit 3,3% den zweitniedrigsten Wert seit 1947 und die Baugenehmigungen pro 1 000 Einwohner sind auf historischem Tiefststand, dennoch ist aufgrund der Probleme an den Kreditmärkten und der schlechten Konjunkturlage mit einer Fortsetzung der Wohnungsbaurezession zu rechnen.

Auch die Unternehmen dürften in den kommenden Quartalen merklich weniger investieren. Die Ausrüstungsinvestitionen sanken im dritten Quartal – vor allem wegen des Transportsektors – um annualisiert fast 6%; die Dynamik der gewerblichen Bauinvestitionen ließ ebenfalls deutlich nach. Die vierteljährlich durchgeführte Bankenumfrage der US-Notenbank (Fed) zeigt im Oktober, dass die Unternehmen ihre Kreditnachfrage zwar nochmals eingeschränkt haben, allerdings ist der Nachfragerückgang verglichen mit demjenigen in den Jahren 2001/2002 noch moderat. Im Gegensatz dazu erhöhte sich der Anteil der Banken, die ihre Kreditvergabekonditionen verschärften, zum vierten Mal in Folge stark.

[12] Laut Mitteilung des National Bureau of Economic Research (NBER), das in den USA für die Datierung des Konjunkturzyklus zuständig ist, erreichte die wirtschaftliche Leistung in den USA im Dezember 2007 ein Maximum und befindet sich seitdem in einer Rezession. Das NBER begründet seine Festlegung vor allem mit der Beschäftigung, die seit ihrem Höchststand im Dezember kontinuierlich – zuletzt mit rasantem Tempo – abgebaut wurde.

[13] Im zweiten Quartal wurden 84% der Schecks ausgezahlt. Unterstellt man, dass die Sparquote ohne Steuerschecks bei 0,3% gelegen hätte (Durchschnitt der letzten zwölf Monate), trugen die Steuerschecks mit 2,6 Prozentpunkten zum Konsum bei.

Abbildung 1:
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
- Saisonbereinigter Verlauf -



[1] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – [2] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; ab 4. Quartal 2008: Prognose des IWH.

Frühindikatoren signalisieren einen Rückgang der Investitionstätigkeit. So ist der Einkaufsmanagerindex (ISM-Index) im Verarbeitenden Gewerbe aufgrund der weltweiten Konjunkturabkühlung eingebrochen. Im November sank er auf 36,2 Punkte und damit auf den niedrigsten Stand seit Mai 1982. Er liegt den zweiten Monat in Folge unterhalb der gesamtwirtschaftlichen Rezessionsmarke. Die Auftragseingänge für zivile Investitionsgüter ohne Flugzeugbau fallen – mit zunehmender Dynamik – seit August. Zusammengenommen sprechen diese Indikatoren für eine stark rückläufige Investitionstätigkeit der Unternehmen in den kommenden Quartalen.

Die seit August sinkenden Energiepreise haben die Inflationsrate in den vergangenen Monaten stark abnehmen lassen. Im November fiel sie auf 1% im Vorjahresvergleich; im Juli lag sie noch bei 5,5%. Angesichts dysfunktionaler Geld- und Kapitalmärkte versucht die Fed, neben einer expansiven Zinspolitik – sie senkte den Leitzins erstmals auf einen Zielkorridor von null bis 0,25% – mit unkonventionellen Schritten gegenzusteuern. So will sie im Umfang von bis zu 800 Mrd. US-Dollar Wertpapiere kaufen, die mit Forderungen aus Hypothekendarlehen sowie Autokrediten, Studenten- und Kreditkartendarlehen besichert sind.

Auch die US-Regierung versucht weiter, mit staatlichen Hilfen die Konjunktur zu stützen. Derzeit sucht sie nach Wegen, um die amerikanische Autoindustrie vor der Insolvenz zu bewahren. Der designierte Präsident Obama kündigte bereits ein massives Konjunkturpaket an, das Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Gesundheitswesen umfassen soll und frühestens im zweiten Quartal 2009 erste Wirkungen entfalten kann.

Diese Maßnahmen dürften die Produktion stimulieren, Investitionen anregen und Beschäftigung fördern. Der private Konsum dürfte sich jedoch nicht so schnell erholen. Auch die Exporte werden sich zunächst aufgrund des weltweiten Konjunktureinbruchs noch schwach entwickeln. In der Folge ist erst in der zweiten Jahreshälfte mit einer Belebung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität zu rechnen. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2009 um 1,1% sinken.

Die Rezession der US-Wirtschaft wird aufgrund der Finanzmarktkrise ungewöhnlich lang anhalten. Bei einer Konjunkturerholung im zweiten Halbjahr 2009, zu der es nur bei einer Stabilisierung der Finanzmärkte kommen wird, würde der Abschwung 18 Monate andauern. Der Zeitraum vom zyklischen Hoch- zum Tiefpunkt lag nach dem Zweiten Weltkrieg im Durchschnitt bei zehn Monaten. Damit ähnelt die laufende Rezession am ehesten den bis dahin längsten Abschwüngen in den Jahren 1973/1975 und 1981/1982, die jeweils 16 Monate anhielten.

Tabelle 1:
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2007	2008	2009
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,0	1,3	−1,1
Private Konsumausgaben	2,8	0,3	−1,9
Staatskonsum und -investitionen	2,1	2,9	4,8
Private Bruttoanlageinvestitionen	−5,4	−5,7	−8,9
Außenbeitrag[1]	0,6	1,4	0,6
Exporte	8,4	8,2	2,5
Importe	2,2	−2,5	−1,9
Verbraucherpreise	2,9	3,8	0,7
	in % der Erwerbspersonen		
Arbeitslosenquote	4,6	5,7	7,8

[1] Wachstumsbeitrag.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; ab 2008: Prognose des IWH.

Europäische Union

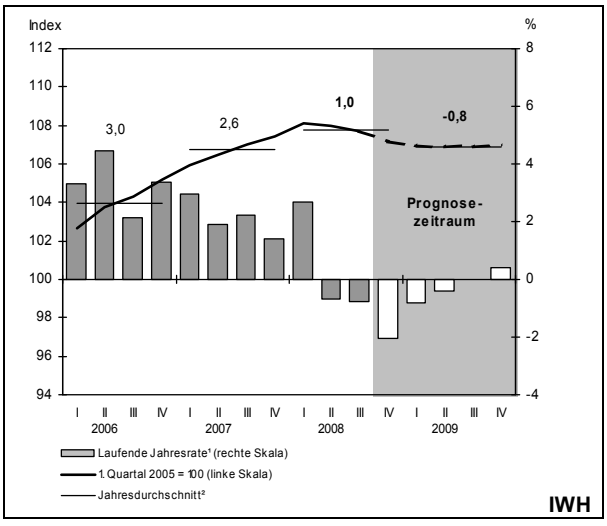
Euroraum: Immobilienkrisen und Exportflaute lassen Investitionen schrumpfen

Im Euroraum ist die Produktion seit dem zweiten Quartal 2008 rückläufig. Von Seiten der privaten

Haushalte war die Nachfrage schon das ganze Jahr über schwach. Seit dem Sommer stagniert die Auslandsnachfrage, und die Investitionen sinken. Dahinter stehen nicht nur die tiefen Krisen der Immobilienmärkte und der Baubranchen in Spanien und Irland. Vielmehr haben europaweit die Unternehmen auf die Verschlechterung ihrer Absatz- und Ertragsaussichten reagiert und ihre Investitionsbudgets beschnitten. Aus Befragungen der europäischen Kommission geht hervor, dass die Kapazitätsauslastung zwar noch in etwa auf mittlerem Niveau ist, aber seit dem Frühjahr rasch sinkt. Laut den Umfragen der Europäischen Kommission schwindet das Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung seit dem Sommer rasant, sei es in der Industrie, im Dienstleistungssektor oder in der Bauwirtschaft, aber auch bei den Konsumenten.

Dabei hat die Finanzkrise neben hohen Vermögensverlusten, steigenden Finanzierungskosten und weltweitem Nachfrageausfall auch einige für Unternehmen und Haushalte günstige Preisverschiebungen mit sich gebracht: Ab dem Sommer hat sich wegen der Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und an diesem orientierten Währungen die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessert. Zugleich sind die Energie- und Rohstoffpreise drastisch gefallen; in Euro liegt der Erdölpreis gegenwärtig (im Dezember 2008) etwa 60% tiefer als im Juni oder etwa 40% unter seinem Niveau zu

Abbildung 2:
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum, Jahresausblick 2009
- Saisonbereinigter Verlauf -



[1] Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – [2] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH; ab 4. Quartal 2008: Prognose des IWH.

Beginn des Jahres 2008. Die Arbeitnehmer profitieren zudem von den im Jahr 2008 beschleunigt gestiegenen Verdiensten. Deshalb wird der private Konsum wohl stabil bleiben. Die Kehrseite des Lohnzuwachses ist ein beschleunigter Anstieg der Lohnstückkosten; trotz Rezession ist der Euroraum von Deflation noch ein ganzes Stück entfernt. Der Beschäftigungsanstieg hat sich im Jahresverlauf stark verlangsamt, und die Arbeitslosenquote ist seit dem Frühjahr um einen halben Prozentpunkt auf 7,7% gestiegen.

Tabelle 2:
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2007	2008	2009
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,6	0,9	−0,9
Privater Konsum	1,6	0,2	0,2
Öffentlicher Konsum	2,3	1,9	1,6
Bruttoanlageinvestitionen	4,3	1,1	−6,2
Inländische Verwendung	2,4	0,7	−0,9
Exporte[1]	5,9	3,0	−1,2
Importe[1]	5,4	2,6	−1,2
Außenbeitrag[2]	0,3	0,2	0,0
Verbraucherpreise[3]	2,1	3,3	1,6
Lohnstückkosten[4]	1,7	3,2	3,0
	in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts		
Budgetsaldo[5]	−0,6	−1,4	−2,4
Leistungsbilanzsaldo	0,4	−0,6	0,3
	in % der Erwerbspersonen		
Arbeitslosenquote[6]	7,4	7,5	8,2

[1] Einschließlich Intrahandel. – [2] Wachstumsbeitrag. – [3] Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – [4] Bruttowertschöpfung je Beschäftigten. – [5] Gesamtstaatlich. – [6] Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH; ab 2008: Prognose des IWH.

Die Rezession dürfte sich im Euroraum bis weit ins Jahr 2009 hinein fortsetzen. Die Finanzkrise belastet die Konjunktur neben schwierigeren Finanzierungsbedingungen für Haushalte und Unternehmen über weitere Kanäle: Zum einen verschärft sie die Immobilienkrise in Spanien und Irland, und auch anderenorts, etwa in Frankreich, wird der Wohnungsbau von kriselnden Immobilienmärkten belastet. Zum anderen trifft das Ende des weltweiten Investitionsbooms besonders die europäischen Investitionsgüterindustrien. Hier machen sich die niedrigeren Energiepreise über eine schwächere Nachfrage aus den Ölexport-Ländern negativ bemerkbar. Schließlich engen die höheren Risikoaufschläge für Anleihen höher verschuldeter Mit-

gliedsstaaten deren fiskalpolitische Spielräume erheblich ein.[14]

Großbritannien: Wirtschaftspolitik bekämpft Rezession

Großbritannien hat im Jahr 2008 einen heftigen Abschwung erlebt. Etwa zur Jahresmitte geriet die britische Wirtschaft in die Rezession, und im Herbst ging die Produktion mit einer auf das Jahr hochgerechneten Rate von 2% zurück. Seit über einem Jahr ist der Wohnungsbau rückläufig, seit dem Sommer gilt dies für die Investitionen als Ganzes sowie für die Exporte. Die privaten Haushalte reagieren auf die rasche Verschlechterung der wirtschaftlichen Aussichten mit einer im Herbst verstärkten Einschränkung des Konsums. Frühindikatoren wie Vertrauensumfragen und Auftragseingänge deuten auf eine ungebremste Fortsetzung der Rezession zu Beginn des Jahres 2009 hin. Die Wirtschaftspolitik hat einen massiv expansiven Kurs eingeschlagen: Die Bank von England hat innerhalb von zwei Monaten ihren Leitzins von 5% auf 2% gesenkt. Die Regierung begegnete der Verschärfung der Finanzkrise Anfang Oktober mit einem Rettungsprogramm, das – als Vorbild für spätere Programme anderer Staaten – den Schwerpunkt auf die Rekapitalisierung des Bankensektors mit Hilfe öffentlicher Gelder legt. Im November wurde ein umfangreiches Konjunkturprogramm verabschiedet, das unter anderem eine bis Ende 2009 begrenzte Senkung der Mehrwertsteuer um eineinhalb Prozentpunkte beinhaltet. Diese Maßnahme setzt für die privaten Haushalte einen Anreiz, ihren Konsum zu erhöhen und insbesondere später geplanten Konsum in das Jahr 2009 vorzuziehen.

Der hohe Einsatz, den die Wirtschaftspolitik bei der Bekämpfung der Rezession aufs Spiel setzt, erklärt sich aus der besonders prekären Situation der britischen Wirtschaft: Sie leidet ähnlich wie die USA unter einem kräftigen Rückgang der Immobilienpreise. Die privaten Haushalte sind recht hoch verschuldet, und Konsolidierungsbemühungen der Konsumenten könnten zu Nachfrageausfällen führen. Besonders hart trifft die Finanzkrise das Land, weil Erlöse aus Dienstleistungsexporten des Finanzsektors eine hohe Bedeutung haben. All dies erklärt, dass das Pfund seit Jahresbeginn gegenüber dem Euro um etwa 15% und gegenüber dem US-Dollar gar um etwa 25% abgewertet hat. Für 2009 ist damit zu rechnen, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion um 1% sinkt. Die Konsumentenpreise liegen um gut 2½% über ihrem Niveau im Jahr 2008.

Produktionsanstieg in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern schwächt sich deutlich ab

Auch die mittel- und osteuropäischen Länder wurden von der weltweiten Finanzmarktkrise erfasst. Auswirkungen auf die Wirtschaftslage zeigten sich deutlicher in der zweiten Jahreshälfte 2008. Zu der vergleichsweise immer noch hohen wirtschaftlichen Dynamik der Region von 5% trugen Polen, die Tschechische Republik und die Slowakei bei; auch in Rumänien und Bulgarien expandierte die wirtschaftliche Aktivität nochmals kräftig. In diesen Ländern entwickelte sich der private Konsum trotz der hohen Inflation noch immer recht dynamisch, während die Investitionen ab dem Herbst deutlich schwächer zulegten. In Ungarn hatte eine leichte Erholung eingesetzt, die im Jahresverlauf aber vor allem aufgrund der schwächeren Nachfrage aus dem Ausland erneut nachließ. Stärker vom Abschwung der Konjunktur betroffen waren die baltischen Länder. In Estland und Lettland, wo das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte, sind die zuvor boomenden Immobilienmärkte eingebrochen, die Wirtschaft litt unter einer Kreditverknappung, und der private Konsum wie auch die Investitionen waren rückläufig. In Litauen hat sich die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts 2008 etwa halbiert. Insgesamt nahm in der Region die Nachfrage aus dem Ausland weniger stark zu, während die Importtätigkeit vielfach noch rege blieb, sodass sich der Außenbeitrag verringerte oder negativ war.

Da sich der Verbraucherpreisanstieg in allen Ländern bis zum Sommer weiter kräftig beschleunigt hatte, haben die Zentralbanken die Geldpolitik zum Teil deutlich gestrafft. Für die Expansion der inländischen Nachfrage hat der Bankensektor als Kreditgeber eine wichtige Rolle gespielt. Die Banken waren zumeist wegen ungenügender inländischer Einlagen gezwungen, sich in hohem Maß im Ausland zu refinanzieren. Länder, die stark auf eine derartige Fremdfinanzierung angewiesen sind, haben mit der einsetzenden Verunsicherung an den Finanzmärkten auch hohe Risikoaufschläge hinzunehmen, die die Kredite verteuern. Dies ist vor al-

[14] So ist die Renditedifferenz zwischen zehnjährigen italienischen und deutschen Staatsanleihen im Lauf des Jahres 2008 um etwa 100 Basispunkte auf (im Dezember) etwa 1,3 Prozentpunkte gestiegen.

lem in den baltischen Ländern sowie Bulgarien und Rumänien der Fall, also in jenen Ländern, die aufgrund ihrer übermäßig hohen Leistungsbilanzdefizite ohnehin als besonders risikobehaftet gelten. Ein zusätzliches Problem bildet dabei die verbreitet hohe Verschuldung in Fremdwährungen: Zwischen 50% und 75% aller Haushalts- und Unternehmenskredite in diesen Ländern werden in Fremdwährungen gehalten. Eine starke Abwertung der einheimischen Währungen könnte sich schnell zu einem Flächenbrand ausweiten, zumal die Kredite oft und vorwiegend in einer einzigen Fremdwährung denominiert sind.

Die Aussichten für das Jahr 2009 werden von anhaltenden Belastungen eingetrübt. Die Inlandsnachfrage, die bis zuletzt die Hauptantriebskraft der konjunkturellen Dynamik bildete, wird durch eine überwiegend noch restriktive Geldpolitik gedämpft. Vom Außenhandel werden insgesamt nur schwache Impulse ausgehen. Bei den Exporten könnten die Länder allerdings von der Ansiedlung einiger großer Konzerne, beispielsweise in der Automobilindustrie, profitieren, die ihre Standorte in dieser Region vor allem aus strategischen Gründen aufrechterhalten werden. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt nach 5% 2008 im Jahr 2009 deutlich schwächer, um 3,8%, ausgeweitet werden.

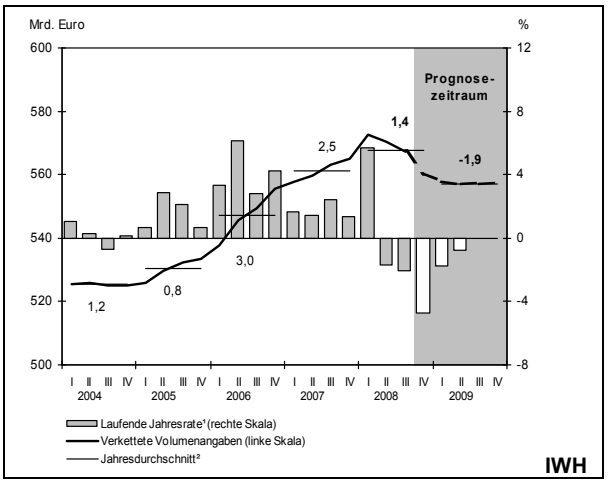
Deutsche Konjunktur

Im Sog der weltweiten Rezession

Im Verlauf des Jahres 2008 hat die deutsche Wirtschaft immer weniger Impulse aus dem Ausland erhalten. Die Bestellungen waren bereits seit Jahresbeginn rückläufig. Die Abwärtstendenz hat inzwischen auch auf die Unternehmensinvestitionen übergegriffen. Der Konsum konnte diese Rückgänge nicht auffangen, da er in dem zu Ende gehenden Zyklus als treibende Kraft ausfiel. Beschäftigung und Einkommen hatten zwar Fahrt aufgenommen, die Kaufkraftverluste infolge der hohen Inflation ließen jedoch die Realeinkommen sinken. So schrumpfte die Produktion in der zweiten Jahreshälfte, und der Beschäftigungsaufbau lief aus.

Die Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland findet in einem Umfeld außergewöhnlicher Unsicherheit statt. Die weltweite Konjunktur- und Finanzkrise ist auf Deutschland übergeschwappt und droht die Wirtschaft in einen Abwärtsstrudel zu reißen. Zwar hat die Wirtschaftspolitik in Deutschland Gegenmaßnahmen eingeleitet und „Rettungsschirme“ für die Finanz- und Realwirtschaft aufgespannt. Die nationalen Möglichkeiten zur Bekämpfung der Ursachen der Krisen im Ausland sind jedoch äußerst gering, und die Schlagkraft der wirtschaftspolitischen Instrumente

Abbildung 3:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



[1] Veränderung gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet. – [2] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 4. Quartal 2008: Prognose des IWH.

Kasten 2:
Annahmen für die Prognose der deutschen Konjunktur

Außer den weltwirtschaftlichen und geldpolitischen Annahmen liegen der Konjunkturprognose für Deutschland weitere Annahmen zugrunde:

- Die Tariflöhne steigen in Deutschland im Jahr 2009 um 2,6%.
- Der Beitragssatz der Arbeitslosenversicherung wird im Jahr 2009 um 0,5 Prozentpunkte auf 2,8% gesenkt.
- Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum deutlich expansiv ausgerichtet. Die strukturelle Defizitquote wird um einen halben, die konjunkturelle um einen Prozentpunkt zunehmen. Die Wirkungen diskretionärer Maßnahmen im Prognosezeitraum sind Tabelle 13 zu entnehmen.
- Der Arbeitsmarkt reagiert in der derzeitigen Rezession mit der gleichen Elastizität auf den Produktionsrückgang wie im vorangegangenen Aufschwung auf den Produktionsanstieg.

zur Milderung der Folgen im Inland ist begrenzt. Die hohe Intensität der weltweiten Aktivitäten gegen die Rezession lässt aber mit einiger Wahrscheinlichkeit auf ein Ende der Talfahrt der Produktion für die zweite Jahreshälfte 2009 schließen. Ein schneller Übergang nach dieser „Bodenbildung" in eine Phase der Konjunkturbelebung dürfte allerdings nicht eintreten, auch da die Rezession ihre Spuren vor allem am Arbeitsmarkt noch einige Zeit hinterlassen wird. So dürfte der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials erst im Jahr 2010 steigen.

Der entscheidende Impuls für die Tendenzwende der Produktionsaktivitäten im Jahr 2009 dürfte von der Belebung der Auslandskonjunktur kommen. Die Unternehmen werden ihre Investitionsbudgets erst dann wieder aufstocken, wenn die Signale auf eine deutliche gesamtwirtschaftliche Erholung gestellt sind. Demgegenüber erhöht der Staat seine Investitionsausgaben kräftig. Der Konsum dürfte das ganze Jahr über stagnieren. Die Eintrübung der Perspektiven bei Beschäftigung und Erwerbseinkommen schränken zwar das Ausgabeverhalten der privaten Haushalte ein, die monetären Sozialleistungen und vor allem die weitere Rückbildung der Inflation stimulieren es jedoch.

Exporte auf Talfahrt

Nach einem kräftigen Anstieg zu Jahresbeginn stehen die deutschen Ausfuhren seit dem Frühjahr 2008 im Zeichen des weltwirtschaftlichen Abschwungs. So gingen zunächst die Warenlieferungen nach Japan und in die USA, später auch diejenigen in den Euroraum, den wichtigsten Absatzmarkt der deutschen Exporteure, zurück.

Ausschlaggebend war die einsetzende Konjunkturschwäche in vielen Industrieländern. Folglich sank vor allem die Ausfuhr von Investitionsgütern, die über 40% der deutschen Warenexporte ausmachen. Doch nicht nur die Industrieländer schränkten ihre Nachfrage ein, auch die Lieferungen in die Schwellenländer expandierten schwächer als in den vergangenen Jahren. Während in der ersten Jahreshälfte die Exporte nach Südostasien und in die BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) noch kräftig zulegten, wurden zuletzt nur noch bei den Lieferungen nach Mittelosteuropa und in die OPEC-Staaten leichte Zuwächse erzielt. Diese konnten jedoch die Exportrückgänge in die anderen Regionen nicht mehr kompensieren.

Im Prognosezeitraum werden sich die Ausfuhren aufgrund der konjunkturellen Talfahrt in den wichtigsten Handelspartnerländern zunächst deutlich verringern. So sind die Auftragseingänge aus dem Ausland seit nunmehr einem Jahr rückläufig, und die im Vorjahr aufgelaufenen hohen Auftragsbestände, die die Ausfuhren bis in den Herbst noch gestützt haben, sind inzwischen deutlich geschrumpft. Insbesondere die Investitions-, aber auch die Vorleistungsgüterproduzenten mussten erhebliche Auftragsrückgänge, insbesondere aus dem Euroraum, hinnehmen. Nur die Konsumgüterproduzenten konnten aus dieser Region noch steigende Bestellungen verbuchen. Allerdings liegt der Anteil von Konsumgütern am deutschen Warenexport nur bei

Tabelle 3:
Deutsche Exporte nach Regionen
- Spezialhandel in jeweiligen Preisen; saisonbereinigt -

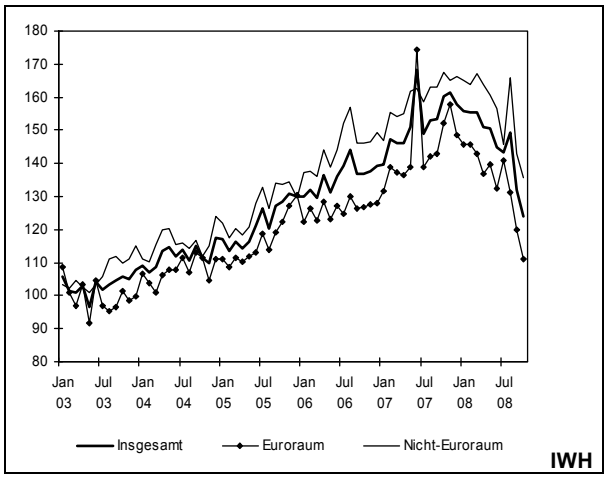
Ländergruppe	2007	2008		
	Veränderung gegenüber Vorzeitraum in %			
		1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
EU 27	10,4	0,6	2,8	−0,4
Neue EU-Länder[1]	16,5	2,8	5,3	0,6
NAFTA[2]	−5,1	6,4	0,7	−6,0
USA	−6,0	7,3	−0,1	−6,3
Südostasien[3]	2,1	7,5	1,3	−0,8
BRIC[4]	14,5	10,4	5,7	−1,3
China	8,8	11,5	5,7	−5,6
Russland	20,5	12,1	3,9	0,5
OPEC	6,9	6,3	8,2	0,3
Übrige Welt	5,2	7,7	2,5	−2,2
Japan	−6,2	5,8	−0,1	−3,6
Insgesamt	8,1	3,1	2,8	−1,2
	in % des nominalen BIP in Deutschland			
	2007	2008		
		1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
EU 27	25,7	26,4	26,4	25,9
Neue EU-Länder[1]	4,5	4,8	4,9	4,9
NAFTA[2]	3,6	3,6	3,6	3,3
USA	3,0	3,1	3,0	2,8
Südostasien[3]	1,3	1,4	1,3	1,3
BRIC[4]	3,0	3,4	3,5	3,4
China	1,2	1,4	1,4	1,3
Russland	1,2	1,3	1,4	1,3
OPEC	0,9	1,0	1,0	1,0
Übrige Welt	5,3	5,6	5,6	5,4
Japan	0,5	0,5	0,5	0,5
Insgesamt	39,8	41,4	41,4	40,3

[1] Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Rumänien, Malta, Zypern. – [2] USA, Kanada, Mexiko. – [3] Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea. – [4] Brasilien, Russland, Indien, China. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

gut einem Sechstel. Neben dem schwachen weltwirtschaftlichen Umfeld dämpfen wohl noch die Nachwirkungen der Euroaufwertung den deutschen Export.

Abbildung 4:
Auftragseingänge aus dem Ausland
- Index 2000 = 100; saison- und arbeitstäglich bereinigt -



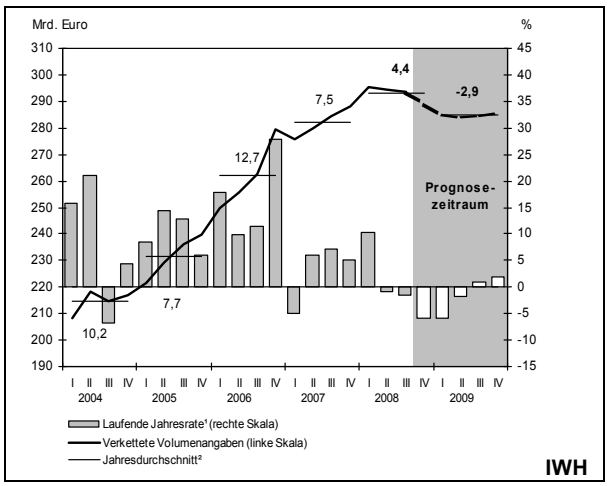
Quelle: Deutsche Bundesbank; Darstellung des IWH.

Im Verlauf des Jahres 2009 wird die langsam einsetzende Erholung der Weltkonjunktur die deutschen Ausfuhren wieder beleben. Zwar wird die Nachfrage im Euroraum und in den USA auch dann nicht merklich anziehen, sondern lediglich stagnieren, und auch die rohstoffexportierenden Länder werden aufgrund geringerer Einnahmen ihre Importe kaum ausweiten. Doch dank der Impulse aus Mittelosteuropa und Südostasien werden insgesamt wieder Exportzuwächse, wenn auch geringe, erzielt. Stützend wirkt dann auch die jüngste Abwertung des Euro gegenüber wichtigen Fremdwährungen. Dennoch werden sich die Exporte im Jahr 2009 um 2,9% verringern.

Die Einfuhren legten im ersten Halbjahr 2008 nochmals recht kräftig zu. Verantwortlich dafür war vor allem der erhöhte Bedarf an Vorleistungsgütern aufgrund des starken Exportanstiegs zu Jahresbeginn. Anders als die Ausfuhren entwickelten sich die Importe auch in der zweiten Jahreshälfte recht robust. Die Einfuhr von Energieträgern nahm sogar deutlich zu.

Offensichtlich nutzten Haushalte und Unternehmen die Entspannung an den Rohstoffmärkten, um ihre Vorräte aufzufüllen. In der ersten Jahreshälfte 2009 werden sich jedoch auch die Einfuhren aufgrund der rückläufigen Export- und Investitionsnachfrage und des weiterhin stagnierenden Konsums verringern. Obgleich im weiteren Verlauf die Exporte wieder leicht anziehen, sind aufgrund der immer noch schwachen Investitionsnachfrage und des dann schrumpfenden privaten Konsums kaum Importzuwächse zu erwarten. Infolgedessen werden die Einfuhren 2009 um 0,5% sinken. Alles in allem geht aufgrund des starken Exportrückgangs vom Außenhandel im Jahr 2009 ein deutlich negativer Wachstumsbeitrag aus.

Abbildung 5:
Reale Exporte
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



[1] Veränderung gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet. – [2] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 4. Quartal 2008: Prognose des IWH.

Tabelle 4:
Reale Exporte und Importe Deutschlands an Waren und Dienstleistungen

	2007	2008	2009
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Exporte	7,5	4,4	−2,9
Importe	5,0	5,1	−0,5
	in % des BIP		
Exporte	50,2	51,7	51,2
Importe	42,9	44,4	45,0
	Außenbeitrag		
Mrd. Euro	164,4	165,0	136,6
Wachstumsbeitrag[1]	1,4	0,0	−1,2

[1] Veränderung des Außenbeitrags gegenüber dem Vorjahr in % des realen Bruttoinlandsprodukts des Vorjahres.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2008 und 2009: Prognose des IWH.

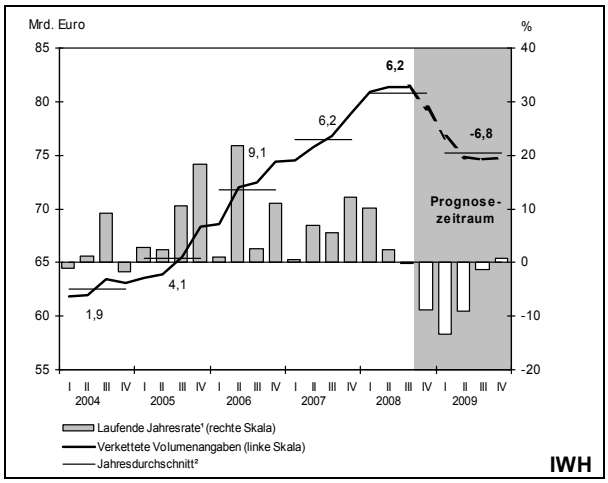
Nach dem kräftigen Anstieg der Einfuhrpreise in der ersten Jahreshälfte 2008, der durch die Preisexplosion bei Rohstoffen und Nahrungsmitteln getrieben war, hat im Spätsommer eine deutliche Trend-

umkehr eingesetzt. So ist der Rohölpreis seit Juli 2008 um rund 70% gesunken, und auch Industrierohstoffe und Nahrungsmittel haben sich erheblich verbilligt. Allerdings hat die Euroabwertung den Rückgang der Einfuhrpreise bislang geschmälert. Im Prognosezeitraum werden die Importpreise kurzfristig weiter sinken. Erst im späteren Verlauf des Jahres 2009 ziehen die Importpreise mit der allmählichen Stabilisierung der Weltwirtschaft und der damit verbundenen Nachfrageausweitung auf den Weltmärkten wieder leicht an. Aufgrund schlechter Absatzaussichten werden sich die Produzenten zunächst gezwungen sehen, die Preisentlastung bei den importierten Vorleistungen an die Exportpreise weiterzugeben. Allerdings stehen dem aus hohen Lohnabschlüssen resultierende Kostensteigerungen entgegen. Folglich werden die Ausfuhrpreise 2009 weniger stark nachgeben als die Einfuhrpreise, sodass sich die Terms of Trade, nach einer erheblichen Verschlechterung 2008, im Jahr 2009 wieder verbessern werden.

Unternehmen fahren Investitionen drastisch zurück

Die seit 2003 anhaltende Expansion der Unternehmensinvestitionen ist im Herbst 2008 zum Erliegen gekommen. Im laufenden Winterhalbjahr schrauben die Unternehmen ihre Investitionsbudgets kräftig zurück. Mit der Zuspitzung der Finanzmarktkrise haben sich ihre Absatzperspektiven erheblich verschlechtert. Dies trifft die exportierenden Unternehmen besonders hart. Die in den zurückliegenden Jahren kräftig ausgebauten Produktionskapazitäten werden dann nur noch unterdurchschnittlich ausgelastet. Kapazitätsengpässe fallen somit als Investitionsmotiv aus. So sind bei den Investitionsgüterherstellern bereits drei Quartale in Folge – und dies mit zunehmender Dynamik – weniger Aufträge aus dem Inland eingegangen. Der Order-Capacity-Index, der das Bestellvolumen der Industrie im Verhältnis zu deren Produktionskapazitäten misst, unterschreitet den Höchststand von 2007 inzwischen deutlich. Zugleich haben sich die externen Finanzierungsbedingungen mit der Ausweitung der Finanzmarktkrise auch in Deutschland erheblich verschlechtert. Das Risiko von Kreditausfällen führt insbesondere bei Unternehmen mit schwacher Eigenkapitalbasis zu hohen Zinsaufschlägen. Zusätzliche Probleme entstehen, wenn die Kanäle für die Liquiditätsversorgung der Unternehmen verstopft sind. Alles in allem werden die Unternehmensinvestitionen in diesem Winterhalbjahr gegenüber dem Sommerhalbjahr 2008 um etwas mehr als 3% sinken.

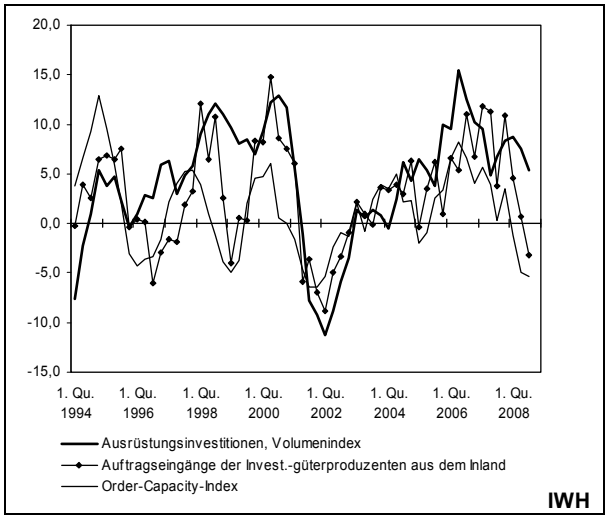
Abbildung 6:
Reale Unternehmensinvestitionen
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



[1] Veränderung gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet. – [2] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 4. Quartal 2008: Prognose des IWH.

Abbildung 7:
Ausrüstungsinvestitionen, Auftragseingänge und Order-Capacity-Index in Deutschland
- Index 2000 = 100; saison- und arbeitstäglich bereinigt, Veränderung gegenüber Vorjahresquartal in % -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Eine Stabilisierung der Unternehmensinvestitionen ist frühestens im späteren Verlauf des Jahres 2009 zu erwarten. Die Absatzaussichten der Unternehmen im Ausland hellen sich dann auf. Stützend wirkt die hohe preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen. Auch die tem-

poräre Erweiterung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten für Ausrüstungsgüter begünstigen Investitionsentscheidungen. Zudem dürften sich die Kreditkonditionen mit dem Abebben der Finanzmarktkrise wieder etwas günstiger darstellen.

Die Ausrüstungsinvestitionen als konjunkturreagibelste Nachfragekomponente gehen im Jahr 2009 um etwa 9% zurück, nachdem sie zuvor um 5,5% gestiegen sind. Die geplanten und in den Baugenehmigungen bereits sichtbaren Projekte im Wirtschaftsbau werden wohl angesichts der konjunkturellen Unsicherheiten weit in das Jahr 2009 hinein verschoben. Nach dem starken Zuwachs im Jahr 2008 wird es deshalb 2009 zu einem Rückgang um etwa 4% kommen. Der anhaltende Ersatzbedarf an Software lässt die Unternehmen ihre Investitionen in sonstige Anlagen erhöhen, der Zuwachs fällt aber nur noch gering aus.

Tabelle 5:
Reale Anlageinvestitionen in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	2007	2008	2009
Anlageinvestitionen insgesamt	4,3	4,5	−4,5
Unternehmensinvestitionen	6,2	6,2	−6,8
Ausrüstungen	6,9	5,5	−9,0
Sonstige Anlagen	8,0	6,0	0,3
Gewerbliche Bauten	3,4	8,0	−4,0
Wohnbauten	0,3	1,2	−1,6
Öffentliche Bauten	4,7	3,3	5,2
Nachrichtlich:			
Bauinvestitionen insgesamt	1,8	3,5	−1,5
Nichtwohnbauten insgesamt	3,8	6,7	−1,5

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2008 und 2009: Prognose des IWH.

Infrastrukturprogramm treibt 2009 öffentliche Bauinvestitionen

Die Nachfrage nach Wohnbauten hat sich nach der Talfahrt im Jahr 2007 zuletzt wieder stabilisiert. Die Auftragseingänge und Baugenehmigungen signalisieren für die nächste Zeit sogar geringfügige Zuwächse. Die rückläufige Tendenz bei Neubauten konnte auf niedrigem Niveau umgekehrt werden, und die Modernisierung der Immobilien im Bestand hält an. Dazu beigetragen hat auch die wieder etwas gestiegene Kaufkraft der privaten Haushalte. Im weiteren Verlauf des Jahres 2009 wirken dieser Entwicklung aber die zunehmende Arbeitsplatz- und damit Einkommensunsicherheit entgegen. Die privaten Haushalte werden vorgesehene Neubauten oder umfangreiche Modernisierungen eher zeitlich aufschieben. Zwar wird es zu Anregungen aus der energetischen Sanierung der Wohnungsbauten kommen, zumal die Bundesregierung in ihrem Konjunkturprogramm die Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden verstärkt fördert. Hier wird es allerdings Mitnahmeeffekte geben. Darüber hinausgehende Impulse für den Wohnungsbau sind kaum zu erwarten. Die von privaten Haushalten ausgelösten handwerklichen Bauaktivitäten, die laut Konjunkturprogramm in höherem Umfang steuerlich abgesetzt werden können, dürften – wenn überhaupt – in erster Linie auf die Instandhaltung[15] ausgerichtet sein, und diese erhöht die Bauproduktion, nicht aber die Bauinvestitionen.

Die öffentlichen Bauinvestitionen, die bereits drei Jahre in Folge zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts beigetragen haben, bleiben auch im Prognosezeitraum aufwärtsgerichtet. Mit den Mitteln aus dem „Arbeitsplatzprogramm Bauen und Verkehr“ werden in den Jahren 2009 und 2010 jeweils eine Mrd. Euro mehr für Infrastrukturmaßnahmen ausgegeben. Mit dem Ausbau von Bundesfernstraßen, Schienennetzen und Wasserwegen wird dadurch vor allem der Tiefbau gestärkt. Lärmschutzmaßnahmen und das Sonderprogramm Bahnhöfe kommen aber auch dem Hoch- und dem Ausbau zugute. Die kräftig steigenden Ausgaben des Staates für Bauten können die Investitionsrückgänge bei den privaten Haushalten und Unternehmen aber nicht ausgleichen. Alles in allem nehmen die Bauinvestitionen im Jahr 2009 um 1½% ab, nachdem sie im Jahr 2008 um 3,5% gestiegen sind.

Privater Konsum sinkt nicht

Der private Konsum blieb auch 2008 schwach. Er belebte sich im Jahresverlauf erst ein wenig, als die Teuerung nachließ und die Einkommenszuwächse real an Kaufkraft gewannen. Auschlaggebend waren zum einen der kräftige Anstieg der verfügbaren Einkommen um 2,3%, zum anderen der Rückgang der Rohölpreise. So wurden vor allem die Brennstoffvorräte kräftig aufgestockt. Auch im letzten Quartal dürften die Käufe von Heizöl nochmals zugenommen haben, um noch freie Lagerkapazitäten in den privaten Haushalten aufzufüllen.

[15] Reparaturen werden nur dann zu den Investitionen gezählt, wenn sie größeren Umfangs sind und zu einer wesentlichen Steigerung des Anlagewerts führen.

Im Jahr 2009 werden sich die Einkommen weiter erhöhen, wenn auch nicht im gleichen Maß wie bisher. So werden die monatlichen Löhne und Gehälter langsamer steigen. Zwar sind die 2009 wirkenden Lohnabschlüsse mit einer durchschnittlichen Tariflohnsteigerung von 2,6% relativ hoch, der Anstieg der effektiv gezahlten Entgelte wird jedoch dahinter zurückbleiben. In der Rezession dürften die Tarifabschlüsse wegen verstärkter Tarifflucht bzw. der Nutzung von Ausstiegsklauseln nicht vollständig bei den Arbeitnehmern ankommen. Noch schwerwiegender dürfte die geplante Kurzarbeitsstrategie vieler Unternehmen auf die Effektivlöhne wirken, da dadurch das monatliche Entgelt sinkt. Auch Entlassungen können zu einer Verschiebung des durchschnittlichen Monatslohns führen. Allerdings lässt sich hier die Wirkungsrichtung per se nicht eindeutig voraussagen. Werden in der nächsten Zeit vorrangig Leiharbeitnehmer mit geringen Löhnen ihren Arbeitsplatz verlieren, so könnte dies sogar dazu führen, dass sich insgesamt ein höherer Durchschnitt je Beschäftigten ergibt. Alles in allem dürfte sich im Jahr 2009 der Lohn- und Gehaltsanstieg je Beschäftigten weiter abschwächen und im Durchschnitt 1,9% betragen.

In der Summe werden die Löhne und Gehälter, die 2008 noch mit 3,9% gewachsen sind, infolge des sinkenden Arbeitsvolumens 2009 nur um knapp 1% zulegen. Zu diesem geringen Anstieg kommt allerdings die Nachzahlung der für die Jahre 2007 und 2008 anerkannten Erstattung von Pendlerkosten (so genannte Pendlerpauschale), die aber in der VGR größtenteils für 2008 gebucht wird. Damit steht den Arbeitnehmerhaushalten ein zusätzlicher Betrag für Konsum und Sparen zur Verfügung. Zudem nehmen die monetären Sozialleistungen mit 4,0% deutlich zu. Dahinter stehen sowohl höhere Lohnersatzleistungen als auch eine Anhebung des Kindergelds. Ebenso steigen die Renten stärker als zuletzt. Insgesamt nehmen die verfügbaren Einkommen langsamer zu als zuvor. Da sich aber gleichzeitig der Preisanstieg zurückbildet, kommt es zu einem leichten Zuwachs der Realeinkommen.

In Anbetracht der eingetrübten Einkommensperspektiven durch das Übergreifen der Rezession auf den Arbeitsmarkt werden die privaten Haushalte den Konsum von Gütern und Dienstleistungen im Jahr 2009 trotz geringer inflationärer Einflüsse nicht wesentlich ausdehnen. Vielmehr ist anzunehmen, dass aufgrund der wirtschaftlichen Unsicherheit und der für einen Teil der Haushalte schlechter werdenden finanziellen Verhältnisse größere Anschaffungen wenn möglich aufgeschoben werden.

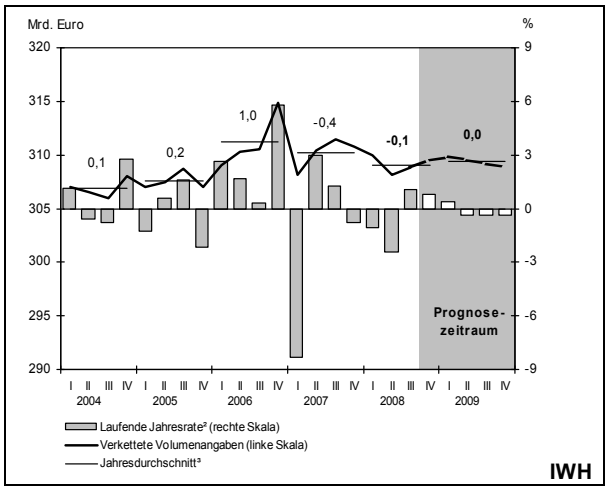
Tabelle 6:
Verfügbare Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte[1] in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	2007	2008	2009
Verfügbare Einkommen, nominal	1,6	2,3	1,2
darunter:			
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	3,0	3,4	0,7
Monetäre Sozialleistungen	−1,7	0,7	4,0
Selbstständigen-, Vermögenseinkommen	3,4	3,5	−0,5
Sparen	5,1	7,5	5,8
Private Konsumausgaben, nominal	1,4	2,0	0,7
Nachrichtlich: Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	3,4	3,9	1,0
Sparquote (in %)	10,8	11,4	11,9
Preisindex des privaten Konsums	1,8	2,1	0,7
Private Konsumausgaben, real	−0,4	−0,1	0,0

[1] Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2008: Schätzung, 2009: Prognose des IWH.

Abbildung 8:
Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte[1]
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



[1] Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. – [2] Veränderung gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet. – [3] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 4. Quartal 2008: Prognose des IWH.

Alles in allem bremst jedoch, wie für eine Rezession typisch, der private Konsum den Produktionsrückgang. Stabilisierend wirken die Ausgaben für Grundbedürfnisse wie Wohnen (ca. 24% der privaten Konsumausgaben) und für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (ca. 11% der priva-

ten Konsumausgaben). Der private Konsum wird im Jahr 2009 stagnieren.

Unsicherheit besteht darüber, wie die privaten Haushalte ihr Sparverhalten in der Finanzmarktkrise gestalten werden. Zum einen gibt die gegenwärtige wirtschaftliche Situation Anlass, die Rücklagen zu erhöhen, zumal durch die Finanzkrise Vermögenswerte vernichtet wurden. Da sich aber das Sparpotenzial zu einem Gutteil aus Kapitaleinkommen schöpft, dürfte deren starker Rückgang negativ auf die Sparquote wirken. Alles in allem dürften diese Einflüsse dazu führen, dass die Sparquote 2009 geringfügig steigt.

Nachlassender Preisauftrieb

Die kräftigen Preissteigerungen, die sich bis in das dritte Quartal 2008 fortgesetzt hatten, ließen zuletzt deutlich nach. Nachdem das Niveau der Verbraucherpreise in der Zeit zwischen dem vierten Quartal 2007 und dem dritten Quartal 2008 nahezu stetig mit Raten um 3% gestiegen war, lag es in den Monaten September bis November nur noch 2,2% über dem des Vorjahreszeitraums. Dieser unerwartet schnelle Rückgang der Teuerung bedeutete, dass der Verbraucherpreisindex in dieser Zeit gegenüber den drei vorhergehenden Monaten um etwa 1,5% (annualisiert) sank, was vor allem durch die drastische Verbilligung von Energie- und anderen Rohstoffen infolge des Abschwungs in der Weltkonjunktur bedingt war.

Es gibt derzeit keine Anzeichen dafür, dass die Preise für Energie und Rohstoffe weiter so kräftig sinken werden wie in den vergangenen Monaten. Insgesamt wird der Preisauftrieb aber angesichts der schlechten konjunkturellen Aussichten für Deutschland und die Welt weiter nachlassen. Die Spielräume für Unternehmen, Preise zu erhöhen, werden angesichts der deutlich zunehmenden Unterauslastung der deutschen Wirtschaft geringer. Zudem wird durch die Verschlechterung der Lage am Arbeitsmarkt der Lohnkostendruck auf die Unternehmen wieder nachlassen. Alles in allem werden die Verbraucherpreise im Durchschnitt des Jahres 2009 um nur noch 0,8% steigen.

Produktion: Keine „Bodenbildung“ vor Mitte 2009

Das Bruttoinlandsprodukt nahm im dritten Quartal um 0,5% ab, nachdem es auch zuvor um fast die gleiche Rate gesunken war. Während der Rückgang im Frühjahr teilweise als technische Reaktion auf das überaus kräftige Wachstum im ersten Quartal zu sehen ist, hat sich die konjunkturelle Lage danach erheblich eingetrübt. Besonders kräftig verringerte sich die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe vor allem infolge der rückläufigen Auslandsnachfrage. Die ungünstige Entwicklung im Produzierenden Gewerbe hat sich auf die unternehmensnahen Dienstleister übertragen; auch bei ihnen verminderte sich die Wertschöpfung. Das Bruttoinlandsprodukt ist bis zuletzt gesunken. Wegen des kräftigen Zuwachses zu Beginn des Jahres 2008 bedeutet dies aber eine jahresdurchschnittliche Zunahme um 1,4%.

Tabelle 7:
Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate
- in % bzw. Prozentpunkten -

Position	2007	2008	2009
Statistischer Überhang[1]	1,5	0,6	−1,3
Jahresverlaufsrate[2]	1,7	−0,8	−0,6
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	2,6	1,1	−1,9
Kalendereffekt[3]	−0,1	0,3	−0,1
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich[4]	2,5	1,4	−1,9

[1] Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – [2] Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – [3] In % des realen BIP. – [4] Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2008: Prognose des IWH.

Der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität wird sich bis zur Jahresmitte fortsetzen. Die Industrieproduktion wird infolge der anhaltenden weltwirtschaftlichen Schwäche und damit verminderter Exporte weiter kräftig sinken. Der Exportrückgang führt über die gesamtwirtschaftlichen Produktionsverflechtungen auch zu erheblichen Wertschöpfungsverlusten in den vor- und nachgelagerten Produktionsstufen. Hinzu kommt, dass Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen in Maschinen und Anlagen sowie Bauten zurückgestellt werden. Auch dies führt zu Produktionsrückgängen, insbesondere bei den Investitionsgüterproduzenten und in der Bauwirtschaft.

Die Binnennachfrage kann die rückläufige Auslandsnachfrage nach Industriegütern nicht kompensieren. Auch wenn – wie in der Öffentlichkeit diskutiert – die Nachfrage der privaten Haushalte durch konjunkturstimulierende Maßnahmen wie beispielsweise Konsumschecks oder Steuersenkungen angeregt würde, käme dies wegen des hohen Anteils importierter Güter den inländischen Produzenten nur teilweise zugute. Im Durchschnitt stammt

reichlich ein Drittel aller in Deutschland von den privaten Haushalten gekauften Industriegüter aus dem Ausland (Tabelle 9). Bei Haushaltsgeräten, Computern, Textilien und Bekleidung ist es sogar deutlich mehr als die Hälfte.

Tabelle 8:
Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts
- in Prozentpunkten -

	2007	2008	2009
Konsumausgaben	0,2	0,4	0,6
Private Konsumausgaben	−0,2	−0,1	0,0
Konsumausgaben des Staates	0,4	0,5	0,6
Bruttoanlageinvestitionen	0,8	0,8	−0,9
Ausrüstungen	0,5	0,4	−0,7
Bauten	0,2	0,3	−0,2
Sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,0
Vorratsveränderung	0,1	0,2	−0,4
Inländische Verwendung	1,1	1,4	−0,7
Außenbeitrag	1,4	0,0	−1,2
Exporte	3,4	2,1	−1,2
Importe	−2,0	2,0	−0,2
Bruttoinlandsprodukt	2,5	1,4	−1,9

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2008, 2009: Prognose des IWH.

Tabelle 9:
Anteil von importierten Gütern am privaten Verbrauch in ausgewählten Gütergruppen im Jahr 2005

Gütergruppe	in %
Elektrotechnische Geräte, DV-Geräte, Fernsehgeräte	96,8
Leder und Lederwaren	79,8
Gummiwaren	79,3
Textilien	78,6
Bekleidung	66,2
Geräte der Elektrizitätserzeugung u. Ä.	57,6
Sonstige Fahrzeuge	54,4
Papier-, Karton- und Pappewaren	51,5
Kunststoffwaren	50,4
Pharmazeutische Erzeugnisse	42,6
Chemische Erzeugnisse	41,6
Glas und Glaswaren	40,1
Medizin-, mess-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse, Uhren	39,6
Maschinen	38,7
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sport- und Spielwaren	38,1
Kraftwagen und Kraftwagenteile	34,8
Industriegüter insgesamt	34,7

Quellen: Statistisches Bundesamt: Input-Output-Tabelle; Berechnungen des IWH.

Die Bauwirtschaft wird sich von der konjunkturellen Schwäche etwas früher als die Industrie erholen. Dabei dürften die Bemühungen des Staates zu Buche schlagen, öffentliche Investitionen vorzuziehen. Insgesamt dürfte die Produktion in der zweiten Jahreshälfte die Talsohle erreichen. Im Jahresdurchschnitt nimmt das Bruttoinlandsprodukt um 1,9% ab.

Beschäftigung sinkt im Jahr 2009 kräftig

Trotz des kräftigen Produktionsrückgangs in der zweiten Jahreshälfte 2008 nahm die Erwerbstätigkeit bis zuletzt noch leicht zu. Der überwiegende Teil entfiel auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, die nicht durch staatliche Maßnahmen gefördert wurden. Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten veränderte sich gegenüber dem Vorjahr kaum. Der Personalbestand wurde vor allem im Verarbeitenden Gewerbe sowie bei den unternehmensnahen und privaten Dienstleistern aufgestockt. Im öffentlichen Sektor sowie im Baugewerbe wurden hingegen per saldo Arbeitsplätze abgebaut.

Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wurden insgesamt weniger eingesetzt als im Jahr zuvor. So nahm die Zahl der geförderten Selbstständigen infolge der verringerten Förderdauer um 57 000 Personen gegenüber dem Vorjahr ab. Ein-Euro-Jobs wurden in etwas geringerem Umfang bereitgestellt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die vom Staat gefördert werden, nahm hingegen gegenüber dem Vorjahr zu. Dies betrifft vor allem Personen, für die Eingliederungszuschüsse gewährt wurden.

Die registrierte Arbeitslosigkeit sank im Verlauf des Jahres 2008 um 380 000 Personen. Dieser kräftige Rückgang ist auch deswegen bemerkenswert, weil der Wegfall des erleichterten Bezugs von Arbeitslosengeld für Personen, die nach Vollendung des 58. Lebensjahres arbeitslos werden, die registrierte Arbeitslosigkeit erhöht hat. Dem wirkte allerdings die demographisch bedingte Abnahme des Erwerbspersonenpotenzials entgegen, die auf ca. 80 000 Personen geschätzt wird.[16]

Die Rezession wird zu Beginn des Jahres 2009 auf dem Arbeitsmarkt spürbar werden. Die Unternehmen werden zwar dem Auftragsrückgang zunächst mit dem Abbau von Arbeitszeitguthaben

[16] BACH, H.-U.; GARTNER, H.; KLINGER, S.; ROTHE, T.; SPITZNAGEL, E.: Internationale Finanzkrise bringt schwerere Zeiten für den Arbeitsmarkt, in: IAB-Kurzbericht, 20/2008.

begegnen; auch planen einige Unternehmen, die reguläre Arbeitszeit zu verkürzen oder die Betriebsferien zu verlängern. Zudem werden viele Betriebe das von zwölf auf 18 Monate verlängerte Kurzarbeitergeld in Anspruch nehmen. All dies wird jedoch nicht ausreichen, um Entlassungen zu vermeiden. Zuerst dürfte einem Teil der Zeitarbeiter und geringfügig Beschäftigten gekündigt werden, mit dem in den vergangenen Jahren bei kräftig steigender Nachfrage Produktionsspitzen bewältigt wurden. Allerdings können nun auch Zeitarbeitsfirmen Kurzarbeit beantragen, wodurch auch Leiharbeiter vor der offenen Arbeitslosigkeit vorerst geschützt werden können. Die Unternehmen werden versuchen, aufgrund des im Aufschwung spürbar gewordenen Fachkräftemangels ihr Stammpersonal so lange wie möglich zu halten. In einigen Branchen dürften die Einschnitte jedoch so groß sein, dass auch Fachkräfte ihren Arbeitsplatz verlieren. Hinzu kommt, dass von Seiten der Arbeitskosten der Druck zur Rationalisierung stärker wird. Alles in allem wird die Zahl der Erwerbstätigen im Verlauf des Jahres 2009 um ca. 620 000 Personen sinken, was im Jahresdurchschnitt aufgrund des hohen Beschäftigungsstands Ende 2008 einer Abnahme von lediglich 313 000 Personen bzw. 0,8% entspricht.

Tabelle 10:
Eckdaten des Arbeitsmarkts in Deutschland
- Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen -

	2007	2008	2009
Erwerbstätige (Inland)	39 768	40 346	40 034
darunter:			
ABM-Beschäftigte[1]	43	40	43
Zusatzjobs	322	310	320
Kurzarbeit (Vollzeitäquivalente)[2]	36	36	270
Berufliche Vollzeitweiterbildung[2]	105	105	110
Vorruheständler[3]	223	150	50
Arbeitslose[4]	3 776	3 267	3 538
Arbeitslosenquote[5] (in %)	8,7	7,5	8,1

[1] Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungs- und traditionellen Strukturanpassungsmaßnahmen und beschäftigungsschaffenden Infrastrukturmaßnahmen. – [2] Schätzung des IWH. – [3] Einschließlich der Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – [4] Nationale Definition. Einschließlich aller Arbeitslosen in den optierenden Gemeinden. – [5] Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: August 2008); Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH; 2008: Schätzung, 2009: Prognose des IWH.

Die registrierte Arbeitslosigkeit weitet sich im Jahr 2009 erstmals seit Mitte des Jahres 2005 wieder aus. Im Jahresverlauf wird sie um 525 000 Personen zunehmen. Der Anstieg wäre noch stärker, wenn das Erwerbspersonenpotenzial nicht kräftig abnehmen würde. Nach Einschätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wird es im Jahr 2009 um 130 000 zurückgehen.[17] Die auf die Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote wird im Jahresdurchschnitt in Deutschland auf 8,1% steigen.

Tabelle 11:
Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2007 und 2008

	2007	2008	Veränderung
	1 000 Personen		
Arbeitnehmer (Inland)	35 317	35 886	569
SV-pflichtig Beschäftigte	26 942	27 520	578
geförderte[1]	222	251	29
nicht geförderte	26 720	27 269	549
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 861	4 874	13
Ein-Euro-Job (Variante: Mehraufwandsentschädigung)	301	291	−10
Sonstige	3 213	3 201	−12
Selbstständige einschl. mithelfende Familienangehörige	4 451	4 460	9
geförderte Selbstständige	237	180	−57
Ich-AG	122	41	−81
Überbrückungsgeld	3	0	−3
Einstiegsgeld (Variante: Selbstständigkeit)	20	16	−4
Gründungszuschuss	92	123	31
nicht geförderte Selbstständige	4 214	4 280	66
Erwerbstätige (Inland)	39 768	40 346	578
darunter:			
geförderte Erwerbstätige	760	723	−37
nachrichtlich:	*Mio. Stunden*		
Arbeitsvolumen	57 004	57 845	841

[1] Arbeitsbeschaffungs-, Strukturanpassungs- und beschäftigungsschaffende Infrastrukturmaßnahmen; Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen (einschl. Jüngere und Schwerbehinderte), Einstellungszuschüssen bei Neugründung und Vertretung, Arbeitsentgeltzuschuss bei beruflicher Weiterbildung; Eingliederungshilfe für jüngere Arbeitnehmer; Einstiegsgeld für abhängig Beschäftigte; Ein-Euro-Job (Entgeltvariante); Beschäftigungszuschuss nach §16a SGBII; Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer; in Personal-Service-Agenturen (PSA) geförderte Personen; Mobilitätshilfen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH; 2008: Schätzung des IWH.

[17] Ebenda.

Ostdeutschland

Rezession ohne Dammbruch

Die Konjunkturkrise hat auch die ostdeutsche Wirtschaft ereilt, allerdings erst in den letzten Monaten des Jahres 2008. Bis dahin stieg die industrielle Wertschöpfung noch überdurchschnittlich kräftig und konnte die Rückgänge in der Bauwirtschaft und die Schwäche des Dienstleistungssektors mehr als ausgleichen. Der Nachfrageausfall aus dem Ausland traf die Wirtschaft in Ostdeutschland nicht so stark wie in Westdeutschland, da sie weniger stark auf die Auslandsmärkte ausgerichtet ist. Das erweist sich in dieser Schwächephase als Vorteil.

Der ostdeutsche Arbeitsmarkt hatte sich im Jahr 2008 noch günstig entwickelt. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Beschäftigung um 40 000 bzw. 0,7% zu, und die Zahl der registrierten Arbeitslosen sank um 100 000 Personen. Der – gemessen am Beschäftigungsanstieg – überproportionale Rückgang der Arbeitslosigkeit ist auf die demographisch bedingte Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials (−109 000 Personen) zurückzuführen.[18]

Die Wirtschaft in den Neuen Bundesländern wird sich der Vertiefung der Rezession in den kommenden Monaten nicht entziehen können. Allerdings spricht einiges dafür, dass die Produktion nicht stärker abstürzt als in Westdeutschland. Dazu gehören ihre geringere direkte Abhängigkeit von den Märkten in den Rezessionsländern Europas und Nordamerikas sowie ihre größere Ausrichtung auf die noch expandierenden Märkte in den Aufholländern Mittel- und Osteuropas sowie Südostasiens. Auch die vom Exportrückgang betroffenen Produzenten von Investitionsgütern nehmen in Ostdeutschland einen geringen Raum ein. Allerdings wird der Nachfrageschock aus dem Ausland, der zuerst die westdeutsche Exportwirtschaft erreicht, über den innerdeutschen Konjunkturverbund nach Ostdeutschland durchgeleitet. Dieser Schock wird aber aufgrund der höheren preislichen Wettbewerbsfähigkeit der größeren hiesigen Industrieunternehmen abgemildert. Hinzu kommt, dass deren Anteil am Unternehmensbestand ohnehin geringer ist als in Westdeutschland. Zudem ist die ostdeutsche Wirtschaft mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil des Ernährungsgewerbes stark auf die Binnenkonjunktur ausgerichtet und dürfte bei stabilen Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland nicht verlieren. Auch schützen die „Rettungsschirme“ des Bundes und der Länder die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die in Ostdeutschland eine überproportional große Bedeutung besitzen. Schließlich sind die von der Finanzkrise betroffenen großen Privatbanken in Ostdeutschland wenig präsent und die Sparkassen sowie Genossenschaftsbanken als solide Finanziers immer noch gut aufgestellt.

Tabelle 12:
Eckdaten des Arbeitsmarkts in Ostdeutschland

Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen	Ostdeutschland (ohne Berlin)		
	2007	2008	2009
Erwerbstätige (Inland)	5 741	5 780	5 750
darunter:			
ABM-Beschäftigte[1]	34	33	33
Zusatzjobs	113	113	115
Kurzarbeit (Vollzeitäquivalente)[2]	7	10	40
Berufliche Vollzeitweiterbildung[2]	30	30	32
Vorruheständler[3]	52	35	12
Arbeitslose[4]	1 030	930	910
Arbeitslosenquote[5] (in %)	15,2	13,9	13,7

[1] Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungs- und traditionellen Strukturanpassungsmaßnahmen und beschäftigungsschaffenden Infrastrukturmaßnahmen. – [2] Schätzung des IWH. – [3] Einschließlich der Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – [4] Nationale Definition. Einschließlich aller Arbeitslosen in den optierenden Gemeinden. – [5] Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: August 2008); Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH; 2008: Schätzung, 2009: Prognose des IWH.

Das Bruttoinlandsprodukt sinkt im Jahr 2009 um 1,5%, und die Rezession erreicht auch den ostdeutschen Arbeitsmarkt. Die Zahl der Erwerbstätigen wird mit 0,5% abnehmen. Besonders betroffen sind das Verarbeitende Gewerbe und in dessen Gefolge der unternehmensnahe Dienstleistungsbereich – vor allem die Zeitarbeitsfirmen. Weniger stark wird der Personalabbau im Baugewerbe ausfallen, da es von den konjunkturpolitischen Maßnahmen profitieren dürfte. Der im Vergleich zu Gesamtdeutschland schwächere Rückgang der Beschäftigung hängt vor allem damit zusammen, dass die gesamtwirtschaftlichen Produktionsaktivitäten in den Neuen Bundesländern weniger stark schrumpfen. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird infolge des nochmaligen kräftigen Rückgangs des Erwerbspersonenpotenzials (−120 000 Personen) weiter sin-

[18] BACH, H.-U.; GARTNER, H.; KLINGER, S.; ROTHE, T.; SPITZNAGEL, E., a. a. O.

ken. Die Arbeitslosenquote wird mit 13,7% allerdings immer noch fast doppelt so hoch sein wie in Westdeutschland.

Öffentliche Haushalte: gut aufgestellt für die Rezession

Die Lage der öffentlichen Haushalte hat sich in den vergangenen Jahren deutlich entspannt; im Jahr 2008 hat der Gesamthaushalt mit einem nur geringen Defizit abgeschlossen.

Die Einnahmen des Staates haben im Jahr 2008 um 2,4% zugenommen, im laufenden Jahr werden sie um lediglich 1,2% steigen. Die Dynamik war dabei vor allem von Seiten der Steuern – und hier wiederum durch die Einnahmen aus den direkten Steuern – bestimmt. Insbesondere die veranlagte Einkommensteuer legte im Gefolge der hohen Gewinne in den Vorjahren deutlich zu.[19] Auch das Lohnsteueraufkommen expandierte das zweite Jahr in Folge kräftig, denn die Beschäftigung nahm bis zuletzt zu, ebenso die Nominallöhne. Die Körperschaftsteuereinnahmen gingen demgegenüber zwar zurück, allerdings um deutlich weniger, als angesichts der Unternehmensteuerreform 2008 erwartet worden war. Die indirekten Steuern stiegen mit 1,6%. Vor allem die Mehrwertsteuereinnahmen trugen zu diesem Zuwachs bei; hier legten die Einnahmen um 4,2% zu, denn die Preisentwicklung hatte im Jahr 2008 einen merklichen Anstieg der nominalen Ausgaben für Konsumgüter zur Folge. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer verharrten nahezu auf dem hohen Niveau vom Vorjahr; auch hier war die Unternehmensteuerreform entgegen ursprünglichen Erwartungen vorerst mit nur geringen Mindereinnahmen verbunden. Allerdings deuten die Vorauszahlungen darauf hin, dass sich die Ertragslage der Unternehmen bereits zu verschlechtern beginnt.

Mit der Rezession wird sich die Lage der öffentlichen Haushalte im Jahr 2009 spürbar verändern; insbesondere die Einnahmen aus den Gewinnsteuern sinken. Bei der Körperschaft- und der Gewerbesteuer dürften die Einnahmen zunehmend dadurch gedrückt werden, dass die Gewinne der Unternehmen im Gefolge der Finanzkrise einbrechen.[20] Auch die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer werden dann deutlich zurückgehen. Außerdem sind mit der Einführung der Abgeltungsteuer im Jahr 2009 Mindereinnahmen verbunden. Die Lohnsteuer wird ebenfalls nur noch mit geringer Dynamik zulegen, in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) mit 2,3% nach 5,8%. Zwar nehmen die Löhne nach wie vor kräftig zu, aber die Zahl der Beschäftigten wird im Lauf des kommenden Jahres deutlich sinken.[21] Auch die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer werden 2009 nur noch wenig zulegen. Die nominalen Konsumausgaben steigen nur verhalten, und damit auch die Einnahmen aus der allgemeinen Verbrauchsteuer. Die Einnahmen aus der Kfz-Steuer werden im Jahr 2009 stagnieren. Zwar dürfte die temporäre Steuerfreistellung neugekaufter Automobile im Hinblick auf den Absatz von Neuwagen vor allem zu Mitnahmeeffekten führen, im Steueraufkommen wird diese Maßnahme dennoch ihre Spuren hinterlassen.[22]

Im Jahr 2008 sind die Einnahmen des Staates aus Sozialbeiträgen um 1,5% gestiegen, und dies, obwohl der kumulierte Beitragssatz gesunken ist. Aber sowohl die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die bis zuletzt noch deutlich zugenommen hat, als auch die Nominallohnzuwächse wirkten erhöhend.

Im Jahr 2009 werden die Beitragseinnahmen mit 1,6% zulegen; noch sind deutliche Lohnzuwächse zu verzeichnen, und der Beitragssatz bleibt summa summarum in etwa konstant. Die rückläufige Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse wirkt demgegenüber dämpfend auf die Beitragseinnahmen.

Auf der Ausgabenseite nahmen die Vorleistungen und Sozialen Sachleistungen im Jahr 2008 kräftig zu, um 6,2% bzw. 5%. In letzterem spiegelt

[19] In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) dürfte die veranlagte Einkommensteuer allerdings zum Ende des Jahres durch das Urteil des BVerfG zur Rechtmäßigkeit der Pendlerpauschale gedrückt werden, denn die Folgen von Urteilen werden „entstehungsgemäß" verbucht, auch wenn die Steuerrückzahlungen erst im Jahr 2009 fließen werden.

[20] Zwar sollten sich die Folgen im Zug der nachgelagerten Versteuerung erst in späteren Perioden auswirken, allerdings leisten die Unternehmen auch Vorauszahlungen auf den erwarteten Gewinn des laufenden Jahres beziehungsweise können solche Vorauszahlungen auch nachträglich anpassen.

[21] In finanzstatistischer Abgrenzung wird die Lohnsteuer nur mit 1,2% zulegen, nach 7,7% im Jahr 2008; dies liegt daran, dass in dieser Abgrenzung das Kindergeld von den Steuereinnahmen abgezogen wird.

[22] Entgegen ersten Plänen werden aber nicht mehr alle neugekauften Wagen steuerlich bevorzugt. Daher werden die Steuerausfälle kumuliert in den Jahren 2008 bis 2010 auch bei nur 600 Mio. Euro liegen.

Tabelle 13:
Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen[1,2]
- Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (−), in Mrd. Euro gegenüber 2007 -

	2008	2009
Abgabenänderungen	**−1,7**	**−5,2**
Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung	−0,8	1,8
Haushaltsbegleitgesetz 2006	3,3	3,8
Steueränderungsgesetz 2007	2,2	3,5
Jahressteuergesetz 2007	−0,5	−0,5
Reform der Unternehmensbesteuerung 2008	−6,6	−7,1
Pendlerpauschale		−4,8
Weitere Steuerrechtsänderungen[3]	0,1	−0,1
Einnahmen aus dem Verkauf von CO_2-Emissionen	1,0	1,0
Jahressteuergesetz 2009	−0,2	−0,2
Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz	−0,1	−0,1
Befristete Wiedereinführung der degressiven Abschreibung		−1,9
Befristete Anhebung der Betriebsgrößengrenzen für die Berechtigung der Inanspruchnahme von Sonderabschreibungen zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen		−0,2
Kraftfahrzeugsteuerbefreiung für neu zugelassene Pkw	−0,1	−0,4
Erhöhung des Kindergelds für das erste und zweite Kind um zehn Euro, für weitere um 16 Euro ab dem 1. Januar 2009 und Erhöhung des Kinderfreibetrags		−2,3
Abschaffung der Eigenheimzulage	0,7	1,5
Reduktion des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung vom 1. Januar 2008 um 0,9 Prozentpunkte und um weitere 0,5 Prozentpunkte vom 1. Januar 2009 bis zum 30. Juni 2010	−7,2	−11,4
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 1. Juli 2008 um 0,25 Prozentpunkte	1,3	2,8
Anhebung des durchschnittlichen Krankenkassenbeitragssatzes um 0,1 Prozentpunkte im Jahr 2008 und um weitere 0,6 Prozentpunkte im Jahr 2009	1,0	7,0
Erhöhung der Lkw-Maut ab 2009 von durchschnittlich 13,5 auf 16,3 Cent je Kilometer ab 1. Januar 2009 (Nettowirkung)		1,0
Ausgabenänderungen	**−20,5**	**−20,3**
Minderausgaben der Gebietskörperschaften aufgrund der Kindergeld-Erhöhung (ALG II, Sozialgeld u. a.)		0,3
Aussetzung des Riesterfaktors (Rentenversicherung, ALG II und Grundsicherung im Alter)	−0,8	−2,3
Änderung sozialer Leistungen (ohne arbeitsmarktpolitische Maßnahmen)[4]	−0,4	−0,9
Reformen am Arbeitsmarkt[5]	−2,4	−3,7
Investitionen zur Schaffung von Kinderkrippenplätzen	−0,7	−0,7
Betriebsausgaben zur Schaffung von Kinderkrippenplätzen	−0,4	−0,7
Investitionen in Verkehrsinfrastruktur, inkl. der neuen Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur	−0,4	−2,7
Aufstockung der Ausgaben für Verteidigung	−0,7	−1,4
Förderprogramm für Klimaschutz und Energieeffizienz	−1,3	−1,5
Aufstockung der Entwicklungshilfe	−0,8	−0,8
GKV-Wettbewerbsverstärkungsgesetz	0,4	0,8
Aufstockung der Leistungen der Pflegeversicherung	−0,5	−1,0
Erhöhung von Leistungen im Gesundheitswesen[6]	−1,4	−3,0
Erhöhung der Ärztehonorare		−2,7
Laufende Übertragungen an die Deutsche Post	−1,1	
Vermögensübertragungen an Banken[7]	−10,0	
Insgesamt	**−22,2**	**−25,5**

[1] Ohne makroökonomische Rückwirkungen. – [2] Ohne Maßnahmen, die schon früher in Kraft getreten sind, wie z. B. die Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, die Verringerung der Eigenheimzulage, die Wirkung des Altersvorsorgeanteils (Riester-Treppe) und des Nachhaltigkeitsfaktors bei der Rentenberechnung sowie ohne „heimliche“ Steuererhöhungen. – [3] Erstes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft, Gesetz zur Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen und zur Änderung des Stromsteuergesetzes, Biokraftstoffquotengesetz, Drittes Gesetz zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen, Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, Jahressteuergesetz 2008, Gesetz zur Förderung der betrieblichen Altersversorgung (nur steuerliche Maßnahmen), Lohnsteuerrichtlinien 2008, Eigenheimrentengesetz, Real Estate Investment Trust, Jahressteuergesetz 2009, Gesetz zur Modernisierung und Entbürokratisierung des Steuerverfahrens, Gesetz zur steuerlichen Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung u. a. – [4] Schulbedarfspaket für Hartz-IV-Haushalte, Verkürzung der Zahlung von Kindergeld, Aufstockung der BAföG-Leistungen, Erhöhung des Wohngelds ab Oktober 2008, Aufstockung des Kinderzuschlags für Geringverdienende, Aufstockung der Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsförderung. – [5] Gesetz zur Verbesserung der Beschäftigungschancen älterer Menschen, Gesetz zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von Langzeitarbeitslosen mit Vermittlungshemmnissen, Gesetz zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von jüngeren Menschen mit Vermittlungshemmnissen, Einführung von Eingliederungsscheinen für über 50-Jährige, Bundesprogramm „Kommunal-Kombi“, Verlängerung der Zahlung des ALG I für über 58-jährige Arbeitslose. – [6] Erhöhung der Ärztehonorare, Einführung der Eurogebührenordnung für Ärzte, Sonderprogramm für die Einstellung von Pflegekräften, verbesserte Finanzierung der Psychiatrie u. a. – [7] In der Prognose sind nur die die Vermögensübertragungen eingestellt, die entweder bereits geleistet worden sind oder aber sich bereits genau abzeichnen. Dies betrifft die Zahlung an die IKB-Bank sowie einige Landesbanken. Außerdem ist angenommen, dass von den Hilfen für die BayernLB sechs Mrd. Euro defizitwirksam verbucht werden.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

sich vor allem die Entwicklung der Ausgaben der Krankenversicherungen für Gesundheitsleistungen wider, die ungebremst auch über den Prognosezeitraum steigen werden. Auch die Arbeitnehmerentgelte haben erstmals seit dem Jahr 2002 wieder nennenswert zugenommen. Hierfür zeichnet der Tarifabschluss des Bundes verantwortlich, der in großen Zügen auch für die Kommunen gilt. Bei Bund und Kommunen wird es im Jahr 2009 eine weitere Lohnanhebung geben, und auch für die Bediensteten der Länder stehen zu Beginn des Jahres Verhandlungen an; die Arbeitnehmerentgelte dürften mit 2,3% zulegen, nach 1,8% im Jahr zuvor.

Die Transferleistungen sind mit 0,7% gestiegen. Während die Ausgaben für Lohnersatzleistungen aufgrund der Beschäftigungslage weiterhin gesunken sind und auch die Kindergeldzahlungen wegen der demographischen Entwicklung zurückgingen, wirkte die überplanmäßige Anpassung der Rentenzahlungen zur Mitte des Jahres erhöhend.[23] Auch im Jahr 2009 wird die Rentenanpassung aus diesem Grund höher ausfallen, als es sich nach der Rentenformel ergäbe – in beiden Jahren um gut 0,6 Prozentpunkte mehr als nach bisheriger Rechtslage. Der Ausgabenkurs wird allerdings bei den monetären Sozialleistungen im Jahr 2009 auch deshalb deutlich gelockert sein, weil zum einen das Kindergeld erhöht wird. Zum anderen hat der Staat einige kleinere Transferleistungen angehoben, wie beispielsweise das Wohngeld. Vor allem aber wird sich hier die Lage auf dem Arbeitsmarkt niederschlagen, und die Ausgaben für Lohnersatzleistungen werden deutlich zunehmen. Alles in allem werden die monetären Sozialleistungen um 4,3% steigen.

Die Ausgaben des Staates für Investitionen legten im Jahr 2008 um knapp 5% zu, vor allem weil die Finanzlage der Kommunen, des Hauptinvestors der öffentlichen Hand, trotz des Tarifabschlusses aufgrund auch weiterhin hoher Gewerbesteuereinnahmen noch immer günstig war. Dies dürfte sich ändern, wenn die Gewerbesteuereinnahmen im Gefolge der Finanzkrise zurückgehen. Auch haben die Kommunen noch immer an den Folgen der Tarifabschlüsse zu tragen. Allerdings hat der Bund zur Stützung der Konjunktur beschlossen, eine Mrd. Euro für zusätzliche Verkehrsinvestitionen zu verausgaben. Somit werden die öffentlichen Investitionen auch im Jahr 2009 noch einmal deutlich – mit 5,3% – ausgeweitet werden.

Alles in allem werden die Ausgaben des Staates im Jahr 2009 mit 3,7% zulegen, nach 2,4% im Vorjahr. Die öffentlichen Haushalte haben im Jahr 2008 mit einem geringen Defizit abgeschlossen. Im Jahr 2009 wird die Defizitquote dann auf 1,6% steigen, und das vor allem infolge der konjunkturellen Krise. Finanzielle Auswirkungen der Finanzkrise dürften größtenteils nicht defizitwirksam sein (vgl. hierzu Kasten 3).

[23] Die Regierung hatte beschlossen, den Riesterfaktor in den Jahren 2009 und 2010 in der Rentenformel nicht wirken zu lassen. Dieser Faktor soll den Rentenanstieg im gleichen Ausmaß dämpfen, wie die private Vorsorge steuerlich gefördert wird, um auf diesem Weg die Tragfähigkeitslücke in der gesetzlichen Rentenversicherung zu verkleinern. Um die Rentner an dem Aufschwung teilhaben zu lassen, beschloss die Regierung, diesen dämpfenden Faktor auszusetzen. Rückwirkend lässt sich feststellen, dass diese Maßnahme nun antizyklisch wirkt, zum Zeitpunkt der Verabschiedung musste allerdings von einer prozyklischen Wirkung ausgegangen werden.

Kasten 3:
Auswirkungen der Finanzkrise auf die öffentlichen Haushalte

Im Rahmen der Finanzkrise hat der Staat Bürgschaften und Garantieleistungen im Umfang von 480 Mrd. Euro übernommen. Hinzu kommen die von Länderseite gewährten Garantien sowie die bereits geleisteten Zahlungen an die IKB und an einige Landesbanken. Es ist für die Öffentlichkeit schwer nachzuvollziehen, warum Verpflichtungen in einer solchen Größenordnung die hier vorgelegte Prognose des staatlichen Finanzierungssaldos nur wenig beeinflussen.

Dies liegt zum einen daran, dass ein Großteil der Verpflichtungen lediglich „zugesagt" worden ist. Inwieweit die öffentlichen Zusagen auch tatsächlich zu Zahlungen führen werden, ist zurzeit nur schwer absehbar. Die Bundesregierung geht aufgrund der Erfahrungen anderer Länder mit Bankenkrisen davon aus, dass 5% der Garantien letztlich ausfallen werden. Bei einem Volumen von 400 Mrd. Euro wären dies Ausfälle in Höhe von 20 Mrd. Euro.[a] Die jetzige Krise ist allerdings anderer Natur als die hier untersuchten, die Zahl daher mit Unsicherheit behaftet. Außerdem erscheint es aus heutiger Sicht nahezu unmöglich vorherzusagen, wann die Gelder fließen werden.

Kommt es zu einer Zahlung des Staates an ein Bankinstitut, wird diese in der Finanzstatistik zum Zeitpunkt des Geldausgangs erfasst. Die hier vorgelegte Prognose ist hingegen in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) erstellt. Für die genannten Zahlungsverpflichtungen bedeutet dies:

- Garantieleistungen: Werden die Garantien in Anspruch genommen, erfolgt eine Verbuchung in der VGR, das heißt, die ausgefallenen Garantieverpflichtungen werden zum Zeitpunkt der Zahlung in die Rechnung eingestellt. Entgegen ersten Meldungen werden die Ausfälle den Finanzierungssaldo des Staates damit in der Periode belasten, in der sie kassenmäßig zu bewältigen sind, und nicht in der Periode, in der sie entstanden sind.[b]
- Bürgschaften: Mit diesem Instrument ist eine Beteiligung des Staates am jeweiligen Institut verbunden, das die Bürgschaft nachfragt. Eine solche Vermögenstransaktion wird in der VGR nicht erfasst und lediglich in der Finanzstatistik wiedergegeben.[c]

In dieser Prognose sind daher keine – über die bisher erfolgten Zahlungen hinausgehenden – Transaktionen erfasst.[d] Dies beeinträchtigt den Aussagegehalt der vorgelegten Rechnungen auch deshalb wenig, weil die im Gefolge der Finanzkrise von den öffentlichen Kassen geleisteten Vermögenstransfers oder -einkommen lediglich punktuelle Ereignisse und keine permanenten Haushaltsbelastungen sind. Zur Beurteilung der Haushaltslage mittels finanzwissenschaftlicher Indikatoren wird ohnehin das strukturelle Haushaltsdefizit herangezogen werden, und hier ist eine Bereinigung um die genannten Größen angebracht. Für sich genommen stellen diese Maßnahmen den Konsolidierungserfolg auch nur insofern in Frage, als mit einer Erhöhung der Staatsverschuldung nachfolgend eine höhere Zinsbelastung des Staates verbunden sein wird. Gleichwohl werden expansive Maßnahmen, die nun zur Stützung der Konjunktur ergriffen werden sollten, die Haushaltskonsolidierung gefährden, wenn sie nicht temporärer Natur sind.

[a] Die Ausfälle sollen zu 65% vom Bund und zu 35% von den Ländern (nach Maßgabe der Einwohner im Jahr 2008) getragen werden. – [b] Die Kreditzusage der KfW an die IKB-Bank im Jahr 2007 musste nach einer Eurostat Grundsatzentscheidung entstehungsgerecht rückwirkend in das Jahr 2007 gebucht werden und ließ Befürchtungen aufkommen, zukünftige Zahlungen würden später ebenfalls nach dem Jahr ihrer Entstehung verbucht werden, sodass die VGR in den kommenden Jahren regelmäßig rückwirkend korrigiert werden müsste und nicht mehr aussagekräftig sei. Dem ist aber nicht so. – [c] Dieses Vorgehen könnte Probleme bereiten, falls die Bürgschaft weit über Marktpreis des Unternehmens liegt, denn dann würde gleichzeitig eine Beihilfe gewährt und müsste entsprechend als Subvention in der VGR verbucht werden. Auch wäre die VGR von diesen Transaktionen berührt, falls die Hilfen nicht zu marktüblichen Konditionen vergeben würden, dabei also Beihilfen oder Subventionen vermutet werden könnten. – [d] Für die Hilfen an die BayernLB nimmt das IWH allerdings an, dass diese Subventionscharakter haben und daher im Jahr 2008 noch sechs Mrd. Euro VGR wirksam geworden sind.

Wirtschaftspolitik: Berechenbarkeit nie wichtiger als in der Krise

Finanzkrise und Rezession stellen die Wirtschaftspolitik gegenwärtig vor enorme Herausforderungen. Es besteht ein breiter Konsens darüber, dass die Wirtschaft in nächster Zeit auf staatliche Interventionen angewiesen sein wird und dass diese über die Anwendung klassischer Instrumente der Prozesspolitik hinausgehen müssen.

Im Folgenden werden die verschiedenen Handlungsoptionen für Geld- und Finanzpolitik knapp diskutiert. Eines sollte aber von vorneherein klar

sein: Die Politik kann die Rezession nicht verhindern, sie kann die Auswirkungen lediglich abmildern; die wirtschaftliche Lage in Deutschland wird sich noch eine ganze Weile verschlechtern.

Zurzeit ist die Verunsicherung besonders groß. Deshalb ist es gerade heute eine wesentliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik, Vertrauen zu schaffen, statt die Verunsicherung von privaten Haushalten und Unternehmen über den wirtschaftspolitischen Kurs noch zu erhöhen. Bleiben die politischen Rahmenbedingungen lange Zeit in der Schwebe, werden die Wirtschaftssubjekte Entscheidungen hinausschieben, sei es über die Vergabe von Krediten, über Investitionsprojekte oder über private Anschaffungen, und das würde die Krise verschlimmern.

Beispielsweise sind die Bedingungen, zu denen die Banken sich mit Hilfe des Stabilisierungsfonds rekapitalisieren können, unklar und im Zeitverlauf wechselnd. Erst im Dezember hat die Europäische Kommission wohl auch auf Druck nationaler Regierungen hin ihre Richtlinien für Staatshilfen gelockert: Die Verzinsung für Vorzugsaktien kann nun niedriger ausfallen. Auch eine Diskussion um die Einführung von Konsumgutscheinen oder eine temporäre Mehrwertsteuersenkung wirkt dämpfend auf den Konsum, denn die Haushalte sind verunsichert und warten ab.

Deutschland hat es als Teil der EU und als föderal organisierter Staat besonders schwer, schnell zu klaren Antworten auf die derzeitigen Herausforderungen zu kommen. Das hat bisweilen den Vorteil, dass überstürztes Handeln nicht zu Fehlentscheidungen führt. Allerdings sollten sich alle am politischen Prozess Beteiligten bewusst sein, dass die Wirtschaft in der gegenwärtigen Krise mehr als sonst auf klare Rahmendaten von politischer Seite angewiesen ist. Das Hinauszögern von Schwebezuständen bringt hohe Kosten mit sich.

Ein Gebot zu schnellem Handeln besteht, denn nur das kann jetzt konjunkturgerecht sein. Dabei wird der Staat notgedrungen über seinen Kernbereich hinausgehen müssen. Trotzdem sollten ordnungspolitische Grundsätze nicht vollständig über Bord geworfen werden. Schon in der Krise müssen nicht nur die Ursachen analysiert, sondern bereits systematische Lösungen gesucht werden. Nur institutionelle Änderungen können Wiederholungen verhindern und Vertrauen wiederherstellen. Letztlich muss auch gewährleistet sein, dass sich der Staat bald wieder auf seine ordnungspolitische Rolle beschränken kann.

Finanzpolitik: Der Staat – Retter in der Krise?

Die Nachrichten überschlagen sich: Die Weltwirtschaft steuere ungebremst in die Krise und ziehe die deutsche Wirtschaft mit sich. Täglich scheinen sich Lage und Erwartungen der Wirtschaft zu verschlechtern. Auf der politischen Agenda steht die Diskussion um einen massiven konjunkturellen Impuls ganz oben. Dies ist ein Paradigmenwechsel: In den Jahren nach 2002 dominierte der Konsolidierungskurs noch so stark, dass die Finanzpolitik nicht einmal die automatischen Stabilisatoren wirken ließ und die damalige Rezession sogar verstärkte.

Zwar ist die Rezession nach der hier vorgelegten Prognose schwer, dennoch muss ein Konjunkturimpuls bestimmten Anforderungen genügen. Die Maßnahmen müssen zielgerichtet sein. Sie sollten zusätzliche Nachfrage schaffen, ohne private zu verdrängen. Auch sollten die Sickerverluste gering sein. Die Maßnahmen sollten zudem zeitlich befristet sein. Vor allem bei expansiver Fiskalpolitik ist sicherzustellen, dass die Haushalte nicht permanent belastet werden. Die Maßnahmen müssen zeitnah sein und zeitnah wirken, d. h., sie müssen greifen, solange die Rezession die wirtschaftliche Entwicklung bestimmt. Dies ist generell problematisch, weil Wendepunkte schwer zu prognostizieren sind und eine Rezession häufig erst dann erkannt wird, wenn sie schon eingetreten ist. Außerdem muss sich die Politik auf eine Maßnahme festlegen, sie beschließen und sie umsetzen. Vor allem der Beschluss benötigt in einem Föderalstaat wie Deutschland viel Zeit, denn in den meisten Fällen muss der Bundesrat den Regelungen zustimmen. Zeitnahe Maßnahmen sind daher nur schwer umzusetzen, immer besteht die Gefahr einer prozyklischen Wirkung.

Die Finanzpolitik befindet sich also derzeit in einem Dilemma. Zeitgerechte Konjunkturpolitik gelingt nur in Ausnahmefällen, häufig werden so Konjunkturschwankungen verstärkt. Expansive Maßnahmen treiben aber die Staatsverschuldung, und in konjunkturell guten Zeiten wird nicht konsolidiert. Jedoch gibt die gegenwärtige Lage Anlass zur Besorgnis, und Maßnahmen sollen und müssen ergriffen werden. Um dieses Dilemma zumindest teilweise aufzulösen, sollten die Maßnahmen konjunkturell in die richtige Richtung weisen, zumindest tendenziell zum richtigen Zeitpunkt kommen und langfristig die richtigen Weichen stellen. Vor diesem Hintergrund müssen die beschlossenen und die vorgeschlagenen Maßnahmen hinterfragt werden.

Was bisher beschlossen wurde

Bereits im Oktober hat die Bundesregierung beschlossen, Kindergeld und -freibetrag zu erhöhen, die Förderung von haushaltsnahen Dienstleistungen wurde deutlich ausgeweitet und Schülern aus Hartz-IV-Haushalten jeweils zu Schuljahresbeginn eine zusätzliche Leistung in Höhe von 100 Euro zur Verfügung gestellt. Außerdem wurde die Wohngelderhöhung auf Oktober 2008 vorgezogen, der Bezug von Kurzarbeitergeld auf 18 Monate verlängert u. a. m. Vor kurzem wurden die befristete (Wieder-)Einführung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, eine temporär erhöhte Sonderabschreibung für kleine und mittlere Unternehmen sowie eine Ausweitung der Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen beschlossen, und für erstmals zugelassene Pkws entfällt bis Mitte nächsten Jahres für maximal zwei Jahre die Kfz-Steuer. Zudem will der Bund in den Jahren 2009 und 2010 jeweils eine Mrd. Euro zusätzlich für Verkehrsinfrastrukturprojekte verausgaben, und die KfW wird energieeffizientes Bauen stärker fördern. Außerdem wird sie zinsverbilligte Kredite für strukturschwache Kommunen bereitstellen. Alles in allem ist eine Vielzahl von Maßnahmen beschlossen worden, deren konjunkturelle Wirkung allerdings begrenzt sein dürfte.

Zwar wird das erhöhte Kindergeld wohl in den privaten Konsum fließen, und auch das Schulgeld für Kinder von ALG-II-Beziehern dürfte nachfragewirksam werden. Ob die verstärkte Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen hingegen die Nachfrage erhöht, erscheint fraglich.[24] Die befristete Verbesserung von Abschreibungsbedingungen ist ökonomisch sogar fragwürdig. Abschreibungen sollten so angesetzt werden, dass sie der ökonomischen Wertminderung entsprechen. Viel spricht zwar dafür, dass der Verschleiß einem degressiven Verlauf folgt, dann müsste der Gesetzgeber diese Abschreibungsregel aber als Normalfall definieren. Er hat sich dagegen entschieden. Spiegelt dieses Vorgehen den ökonomischen Wertverlust wider, so würde eine befristete Besserstellung die Durchführung von Investitionsprojekten bewirken, die nicht rentabel sind.

Die Befristung wird auf jeden Fall aber zu zeitlichen Nachfrageverlagerungen führen. Investitionen, die für das Jahr 2008 geplant waren, werden – soweit dies möglich ist – auf das Jahr 2009 verschoben; dies verschärft die Rezession aktuell. Außerdem werden die Investitionsaktivitäten im zweiten Halbjahr 2010 hoch sein – mit entsprechenden Ausfällen zu Beginn des Jahres 2011, denn die Unternehmen werden die steuerlichen Abzugsmöglichkeiten nutzen. Im zweiten Halbjahr 2010 dürfte die Wirtschaft allerdings schon wieder wachsen; diese Maßnahme läuft mithin Gefahr, prozyklisch zu wirken.

Die temporäre Befreiung von der Kfz-Steuer dürfte ebenfalls nicht zu einer deutlichen Belebung der Nachfrage nach Neuwagen führen, denn beim Autoneukauf herrscht Unsicherheit. Aus heutiger Sicht ist nicht klar, wie die Steuerbelastung ab dem Jahr 2011 sein wird. Es steht eine grundlegende Reform an, nach der sich die Kfz-Steuer dann am CO_2-Verbrauch orientieren wird; viele Käufer dürften ihre Entscheidung aufschieben, bis die Rahmenbedingungen verlässlich vorgegeben sind.

Direkte konjunkturelle Wirkung haben die im Bundeshaushalt eingeplanten zusätzlichen Ausgaben für Verkehrsinfrastrukturen in Höhe von jeweils einer Mrd. Euro in den Jahren 2009 und 2010. Der größte Teil der öffentlichen Investitionen wird aber nicht vom Bund, sondern von den Kommunen getätigt. Zwar war die Finanzlage vieler Kommunen infolge der historischen Höchststände der Gewerbesteuer gut, aber dies gilt nicht für alle Gemeinden. Strukturschwache Kommunen schlossen auch in der Hochkonjunktur mit defizitären Haushalten ab. Gerade für diese wird die KfW nun ein Programm auflegen, innerhalb dessen den strukturschwachen Kommunen zinsverbilligte Kredite gewährt werden können; das Volumen beträgt drei Mrd. Euro. Es erscheint allerdings fraglich, ob mit einem solchen Programm zusätzliche Investitionen in nennenswertem Umfang angeregt werden können. Die Kommunen müssen einen bestimmten Eigenanteil selbst aufbringen und später in der Lage sein, den Kredit zu tilgen. Gerade die strukturschwachen Kommunen dürften damit überfordert sein; das Kreditprogramm dürfte zu einem großen Teil lediglich Mitnahmeeffekte hervorrufen und ohnehin geplante Investitionen finanzieren.

Was zurzeit diskutiert wird

Soll die Konjunktur angeregt werden, wird häufig gefordert, Transfereinkommen zu erhöhen. Neben verteilungspolitischen Gründen kann dafür vor allem die hohe Konsumquote von Transfereinkommensbeziehern sprechen. Dies gibt Anlass zu der Vermutung, dass ein Großteil der Staatsausgaben

[24] Diese Steuervergünstigung wurde im Jahr 2006 eingeführt. Ob die neu geschaffenen Abzugstatbestände bisher vollständig ausgeschöpft werden, ist nicht bekannt.

auch tatsächlich zu Nachfrage führt und nicht in Ersparnissen versickert. Allerdings wird eine Erhöhung bei den Lohnersatzleistungen auf jeden Fall negative Anreize zur Arbeitsaufnahme haben. Letztlich würden so auch die Erfolge der Arbeitsmarktreformen, die auf dem Prinzip des „Förderns und Forderns“ beruhen, in Frage gestellt. Gravierend ist auch, dass aus konjunkturellen Gründen beschlossene Mehrausgaben zeitlich befristet sein sollten. Transferausgaben zeitlich zu begrenzen, scheint jedoch politisch nur schwer durchsetzbar.

Des Weiteren werden zurzeit Konsumschecks verstärkt vorgeschlagen. Je nach Ausgestaltung wird gefordert, jedem einzelnen Konsumenten oder aber bestimmten Gruppen einen konkreten Euro-Betrag zur Verfügung zu stellen. Die diskutierte Dotierung reicht von 100 bis 500 Euro. Der Konsumscheck kann dabei an die Auflage gebunden sein, dass der Konsument einen gewissen Eigenbeitrag leistet. Befürworter dieser Maßnahme versprechen sich geringe Sickerverluste. Sie argumentieren, dass nur die Schecks, die auch zu Konsum führten, letztlich Staatsausgaben verursachten. Die Wirkung würde sogar noch verstärkt, denn die Konsumenten hätten einen Eigenbeitrag zu leisten. Dies ist nicht richtig. Die Inanspruchnahme eines Schecks lässt keinen Rückschluss darüber zu, ob die Konsumausgaben zusätzlich waren oder die Staatsgelder lediglich dazu genutzt worden sind, ohnehin geplante Konsumausgaben zu finanzieren. Trotz des „Eigenbeitrags“ ist es wahrscheinlich, dass die Ersparnis steigt.

Wie auch immer die Konsumschecks ausgestaltet sein mögen – eine Diskussion über sie, noch dazu im Vorweihnachtsgeschäft, ist schädlich. Dadurch kann Kaufzurückhaltung ausgelöst und damit die Rezession aktuell verschärft werden. Werden die Gutscheine dann verteilt, wird ein Strohfeuer ausgelöst; die Wirkung ist nicht nachhaltig. Diese Maßnahme wäre zudem – je nach Ausgestaltung – teuer. Sollte jeder Einwohner Deutschlands einen Scheck in Höhe von 500 Euro erhalten und verwenden, entstünden Mehrausgaben des Staates von 41,5 Mrd. Euro.

Vielfach wird vorgeschlagen, die Mehrwertsteuer temporär – etwa für ein Jahr – zu senken. Aber auch eine solche Maßnahme dürfte mit hohen Sickerverlusten verbunden sein. Ob die Steuersenkung von den Unternehmen in den Preisen vollständig oder zumindest teilweise an die Kunden weitergegeben wird, lässt sich nicht mit Sicherheit vorhersagen. Hinzu kommt, dass der Zeitpunkt, zu dem sich eine solche Steuersenkung in den Preisen widerspiegeln wird, unklar ist, insbesondere, wenn die Senkung lediglich zeitlich befristet ist. Preisänderungen verursachen Kosten, und Unternehmen sind bemüht, ihre Preise in möglichst großen Abständen zu ändern. Schon deshalb ist nicht damit zu rechnen, dass die Steuerentlastung sofort weitergegeben wird.[25] Ist die Entlastung zudem begrenzt, wird das Unternehmen auch berücksichtigen, dass es nach Ablauf dieser Frist die Preise wieder erhöhen muss; auch dies dürfte die Flexibilität der Konsumentenpreise deutlich einschränken.

Zudem muss berücksichtig werden, dass die Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 die privaten Haushalte angeregt hatte, verstärkt Güter des gehobenen Bedarfs zu erwerben; damit weist die Ausstattung der privaten Haushalte mit diesen Gütern ein relativ geringes Durchschnittsalter auf. Bei Pkw-Käufen kommt hinzu, dass die Unsicherheit über die Neuausrichtung der Kfz-Steuer zu Kaufzurückhaltung beiträgt. Das Volumen potenziell zusätzlicher Konsumausgaben ist daher eingeschränkt.

Tendenziell gibt die Befristung zudem Anreiz zu einer temporären Verschiebung von Konsumausgaben. Schlägt sich die Steuerminderung zumindest partiell in den Preisen nieder oder glaubt der Konsument dies, so wird er Käufe aufschieben, bis die geringere Steuerbelastung gilt; die Rezession wird aktuell verschärft. Bevor später wieder die höhere Steuerbelastung gilt, werden noch einmal Käufe vorgezogen. Wird nur der normale Mehrwertsteuersatz temporär um einen Prozentpunkt reduziert, liegen die Kosten für den Staat bei knapp acht Mrd. Euro.[26]

Teilweise wird auch vorgeschlagen, Lohnnebenkosten zu senken. Die Einnahmeausfälle des jeweiligen Versicherungszweigs könnten durch steuerfinanzierte Zuschüsse des Bundes gedeckt werden. Dies hätte positive Auswirkungen auf die Schaffung von Arbeitsplätzen. Allerdings darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, dass den Beitragszahlungen ein Anspruch auf eine Leistung gegen-

[25] Viele Befürworter sprechen sich dafür aus, die Mehrwertsteuer überraschend zu senken. Dann würden die Preiswirkungen aber noch später weitergegeben, denn die Unternehmen könnten sich in ihren Planungen nicht darauf einstellen.

[26] Ob es allerdings politisch durchsetzbar sein wird, gerade den reduzierten Satz, der Güter des täglichen Bedarfs belastet, auf seinem Niveau zu lassen, erscheint fraglich Die Mindereinnahmen für den Staat wären dann höher. Bei einer Steuererhöhung gilt übrigens das Gegenteil. Seit dem Jahr 1983 ist der reduzierte Satz nicht mehr angehoben worden.

übersteht und hier eine gewisse Äquivalenz einzuhalten ist. Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung sinkt bereits zu Beginn des Jahres 2009 auf temporär 2,8%. In der gesetzlichen Rentenversicherung gleicht die Summe der Bundeszuschüsse die versicherungsfremden Leistungen mehr als aus. In der sozialen Pflegeversicherung besteht ebenfalls kein Spielraum, zudem ist sie eher unterfinanziert. Nur in der gesetzlichen Krankenversicherung dürfte die Summe der versicherungsfremden Leistungen noch immer nicht durch steuerfinanzierte Zuschüsse gedeckt sein.[27] Das Gesundheitswesen ist allerdings nicht durch effiziente Marktstrukturen gekennzeichnet; solange dem so ist, sollten keine weiteren Steuermittel hineinfließen. Allein die Beiträge, die der Bund für die Bezieher von ALG II leistet und die nicht kostendeckend sind, sollten angepasst werden. Damit ist jedoch keine nennenswerte Beitragssatzsenkung finanzierbar. Dies gilt umso mehr, da die Krankenkassen bei der hier prognostizierten wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2009 mit einem Defizit abschließen dürften.

Vorgeschlagen wird auch, die direkten Steuern zu senken. Vor allem die Steuermehreinnahmen aufgrund der so genannten kalten Progression, also die Mehreinnahmen, die sich in einem progressiven Steuersystem ergeben, wenn Nominallohnsteigerungen zu einer höheren Steuerbelastung führen, während sich die realen Einkommensverhältnisse nicht verändert haben, sollten an die Steuerzahler zurückgegeben werden. Eine solche Steuersenkung wäre allerdings nicht temporär, sondern permanent. Da es jedoch wachstumspolitisch ohnehin geboten ist, Mehreinnahmen aufgrund der kalten Progression an die Steuerzahler zurückzugeben, erscheint dies hinnehmbar. Die dauerhafte Natur der Entlastung verhindert außerdem, dass es zu temporären Nachfrageverlagerungen kommt.

Die Steuerentlastung würde theoretisch bei der Lohnsteuer sofort, bei der veranlagten Einkommensteuer im Jahr der Veranlagung, also frühestens im folgenden Jahr wirken. In der Praxis sind die Lohnsteuertabellen für das Jahr 2009 allerdings gedruckt und müssten geändert werden; damit wäre die Wirkung der Steuerentlastung wohl erst zu Beginn des zweiten Quartals spürbar. Der Zeitplan wäre dabei nur dann einzuhalten gewesen, wenn die Steuertarifänderung noch im Jahr 2008 beschlossen worden wäre. Der Steuertarif ist aber eine komplizierte Materie, die Auswirkungen sind vielfältig. Für eine durchdachte Reform bedürfte es einiger Vorbereitung und damit Zeit. Außerdem muss einer solchen Steuersenkung der Bundesrat zustimmen. Auch für diese Beratungen bräuchte die Länderkammer Zeit. Vor Ende des Jahres träte eine Reform kaum in Kraft. Eine Senkung der direkten Steuern hat allerdings den Nachteil, dass Sickerverluste auftreten, denn die Haushalte sparen einen Teil ihres verfügbaren Einkommens.

Das Volumen der Steuermehreinnahmen infolge der kalten Progression liegt bei ca. drei Mrd. Euro im ersten Jahr eines ungeänderten Tarifs; der Betrag erhöht sich in jedem nachfolgenden Jahr um weitere drei Mrd. Euro.

Darüber hinaus ist aber auch die Abschaffung des Solidaritätszuschlags denkbar. Der Solidaritätszuschlag ist ein Zuschlag auf die Einkommensteuern, also die Lohnsteuer, die veranlagte Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die nicht veranlagten Steuern von Ertrag und den Zinsabschlag.[28] Anders als die Einkommensteuern ist er aber keine Gemeinschaftsteuer, sondern eine reine Bundessteuer.

Die Steuer begründet(e) sich darin, dass der Bund durch die deutsche Vereinigung überproportional mit Ausgaben belastet war. In der damaligen Situation wurde daraus geschlossen, dass er zusätzliche Steuereinnahmen bräuchte. Nach dem Grundgesetz kann der Bund eine Ergänzungsabgabe auf Körperschaft- und Einkommensteuern erheben, was seitdem geschieht. Diese Ergänzungsabgabe ist allerdings nach wie vor ein Fremdkörper im deutschen Steuersystem. Der steuerliche Anknüpfungspunkt ist derselbe wie bei den Einkommensteuern. Auch aufgrund ihres mittlerweile dauerhaften Charakters sollte die Ergänzungsabgabe schon lange in die Einkommensteuertarife eingearbeitet sein. Aus Sicht des Bundes hätte dies aber den Nachteil, dass dann das Aufkommen allen Ebenen gemeinschaftlich zustünde. So müssten Neuverhandlungen über eine angemessene Verteilung des Steueraufkommens geführt werden, d. h., die Umsatzsteuerverteilung wäre anzupassen.

Ein Grund für die Beibehaltung des Solidaritätszuschlags dürfte auch in seiner öffentlichen Wahrnehmung liegen. Allgemein verbinden die Steuerzahler mit ihm die Finanzierung einer einmaligen, historischen Aufgabe: der Vereinigung. Dabei wird allerdings übersehen, dass die Einnahmen keineswegs für Ausgaben in den Neuen Ländern

[27] Allerdings steigen die steuerfinanzierten Zuschüsse schrittweise bis zum Jahr 2013.

[28] Ab 2009 ist dies die Abgeltungsteuer.

verwendet werden;[29] dies ist bereits deshalb nicht möglich, weil steuerliche Abgaben dem Charakter nach nicht zweckgebunden sein können. Als Bundessteuer dient er allein der Finanzierung von Ausgaben des Bundes – welcher Art diese auch sein mögen.

Soll nun aus konjunkturellen Gründen eine Entlastung bei den direkten Steuern schnell vorgenommen werden, böte die Abschaffung des Solidaritätszuschlags entscheidende Vorteile.[30] Zwar müssen auch hier die Lohnsteuertabellen geändert werden. Allerdings könnte dies sofort veranlasst werden. Denn weder bedarf es der Erarbeitung eines neuen Tarifs – die Vorbereitungsphase entfällt somit quasi –, noch ist die Abschaffung einer reinen Bundessteuer in der Länderkammer zustimmungspflichtig. Damit ist auch das Beschlussverfahren kurz. Die Steuerentlastung könnte so bereits zu Beginn des zweiten Quartals wirken. Auch sie wäre permanent, würde aber wie die Rückgabe der mit der kalten Progression verbundenen Steuermehreinnahmen die Arbeitsanreize verbessern. Des Weiteren wären auch hier keine temporären Nachfrageverschiebungen, die über den Konjunkturverlauf prozyklisch wirken könnten, zu befürchten. Das Volumen dieser Steuerentlastung liegt bei knapp 13 Mrd. Euro.

Häufig wird auch vorgeschlagen, zur Anregung der Konjunktur die Ausgaben für öffentliche Investitionen zu erhöhen. Dafür spricht vieles. Zum einen erhöhen Investitionen direkt die Nachfrage. Zum anderen handelt es sich um Einmalausgaben, d. h., sie belasten die öffentlichen Haushalte nicht permanent. Auch eine Schuldenfinanzierung ist bei Investitionen nur bedingt problematisch, denn damit wird ein höherer volkswirtschaftlicher Kapitalstock geschaffen.[31] Seit Beginn der 90er Jahre ist die Investitionsquote des Staates zudem stetig gesunken; der Nachholbedarf bei Erweiterungs- und Erneuerungsinvestitionen in die staatliche Infrastruktur ist daher groß.

Dennoch: Das Investitionsvolumen, das im Rahmen eines Konjunkturprogramms schnell realisiert werden kann, ist nicht unendlich. Es müssen Vorhaben sein, für die bereits Pläne und Feststellungsbeschlüsse vorliegen, sonst kommt der Produktionsanstoß zu spät. Auch wenn die Belebung der Nachfrage im Vordergrund steht, muss gewährleistet werden, dass rentable und notwendige Investitionen angestoßen werden. Auch muss die Kapazitätsauslastung in der Bauwirtschaft beachtet werden. Kommt es dazu, dass öffentliche Nachfrage private verdrängt, ist der konjunkturelle Impuls gleich null.

Fazit

Die Finanzpolitik ist in Deutschland in einer komfortablen Situation. Bei der Haushaltskonsolidierung sind in den vergangenen Jahren deutliche Erfolge erzielt worden, und es besteht Spielraum für eine expansive Politik. Doch auch in der schweren Rezession, in der sich die Wirtschaft zur Jahreswende befindet, darf nicht vergessen werden, welche Probleme bei der Durchführung einer konjunkturell motivierten Finanzpolitik bestehen. Vor allem eine zeitgerecht wirkende Politik ist schwierig zu gestalten. Maßnahmen müssen nicht nur erarbeitet, sondern vor allem im Gesetzgebungsprozess auf den Weg gebracht werden. Auch ist die Wirkung der einzelnen Maßnahmen nicht immer vollständig zielgerichtet, Sickerverluste sind mit nahezu allen Instrumenten verbunden.

Bei all diesen Problemen sollten daher die Maßnahmen, die heute beschlossen werden, langfristigen Zielen der Finanzpolitik nicht entgegenstehen. Sie sollten nicht nur einseitig auf eine Nachfragebelebung ausgerichtet sein, sondern so gewählt werden, dass die Wachstumsbedingungen der Wirtschaft verbessert werden. Damit sind Investitionsprojekte dann ein geeigneter Weg, wenn nicht gleichzeitig private Nachfrage verdrängt wird; noch dazu sind diese Ausgaben nicht permanenter Natur. Eine Entlastung bei den direkten Steuern ist aufgrund der kalten Progression in gewissen Abständen ohnehin notwendig. Auch wenn es sich also um einen dauerhaften Verzicht auf Einnahmen handelt, so werden doch lediglich Mindereinnahmen auf der Zeitachse vorgezogen.

Konsumgutscheine oder erhöhte Transferausgaben sind demgegenüber ein teurer Weg. Erstere werden zudem keine dauerhafte Wirkung entfalten, letztere bergen die Gefahr, zu einer permanenten Belastung der öffentlichen Haushalte zu werden, und stellen die Konsolidierungserfolge in Frage.

---

[29] Anders ist dies mit den – dem Namen nach ähnlichen – Solidarpaktmitteln. Hier handelt es sich um degressiv ausgestattete Zuweisungen, die die Neuen Bundesländer zur Bewältigung vereinigungsbedingter Sonderlasten vom Bund erhalten.

[30] Hier treten die gleichen Sickerverluste aufgrund der Ersparnisbildung ein.

[31] Genau genommen gilt diese Argumentation allerdings nur für die Nettoinvestitionen, d. h., die Abschreibungen auf den bestehenden Kapitalstock müssten hierbei berücksichtigt werden.

Lösung der Finanzkrise – notwendige Voraussetzung für eine realwirtschaftliche Erholung

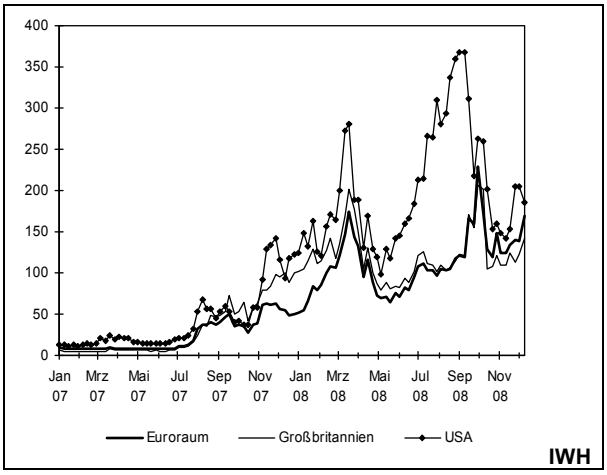
Geldpolitik unter zunehmendem Druck der Bankenkrise

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat den für den Euroraum maßgeblichen Leitzins seit dem Herbst um 2,25 Prozentpunkte auf 2% und damit deutlich kräftiger gesenkt, als noch im September von den Märkten erwartet. Diese gehen nun sogar davon aus, dass die Leitzinsen in Kürze bei 1,75% liegen werden. Zudem verleiht die EZB das Geld an die Banken zu einem einheitlichen Zinssatz und bedient die Nachfrage der Banken nach Liquidität vollständig.

Der Richtungswechsel in der Geldpolitik steht in engem Zusammenhang mit dem dramatischen Verlust an Vertrauen der Finanzmarktakteure gegenüber den Banken nach dem Fall der Investmentbank Lehman Brothers im September. Ein Maß für das Misstrauen ist der zuletzt rapide Anstieg der Risikoprämien für Bankverbindlichkeiten. So sind die Kosten zur Ausfallabsicherung von Bankschuldverschreibungen mit einer Restlaufzeit von fünf Jahren, gemessen am entsprechenden Credit Default Swap Index, seit Mitte 2007 von durchschnittlich 15 auf 170 Basispunkte gestiegen (Abbildung 9). Die Umlaufrenditen von Bankschuldverschreibungen finanzieller Kapitalgesellschaften mit geringerer, aber immer noch guter Bonität (BBB-Rating) liegen um fast zehn Prozentpunkte über denen sehr guter Bonität (AA-Rating).

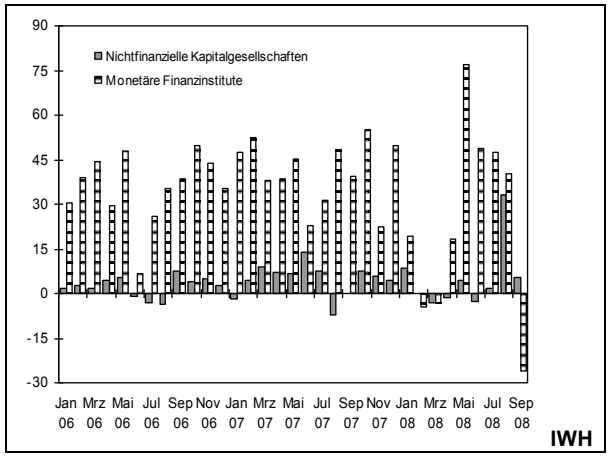
Aber nicht nur an den Renditeaufschlägen lässt sich die bedrohliche Lage im Bankensystem festmachen. Spiegelbildlich zu deren Ansteigen brach im September (jüngere Daten liegen nicht vor) der Nettoabsatz von Bankschuldverschreibungen regelrecht ein; die Banken im Euroraum konnten fällige Verbindlichkeiten nicht mehr durch die Aufnahme neuer Mittel refinanzieren und mussten 26 Mrd. Euro per saldo tilgen (Abbildung 10). Nicht zuletzt wegen der Schwierigkeiten bei der Refinanzierung der Banken hat sich deren Marktwert bis zuletzt weiter kräftig verringert; im Euroraum halbierte er sich zwischen Anfang Oktober und Anfang De-

Abbildung 9:
Mittlere Preise für Kreditausfallversicherungen bei Bankschuldverschreibungen mit einer Restlaufzeit von fünf Jahren
- in Basispunkten -



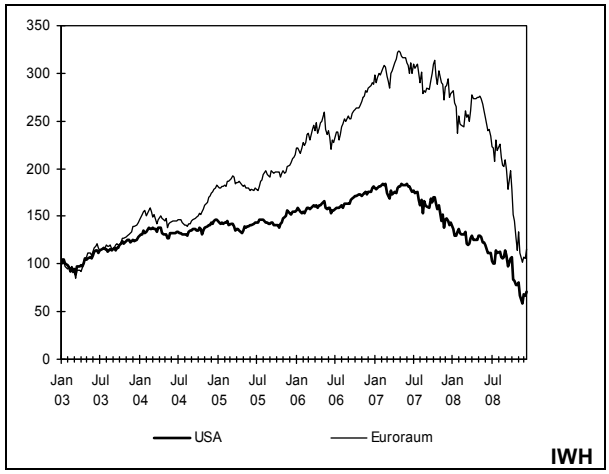
Quellen: Credit Market Analysis Ltd; Darstellung des IWH.

Abbildung 10:
Von Ansässigen im Eurowährungsraum begebene Wertpapiere ohne Aktien, Nettoabsatz
- in Mrd. Euro (saisonbereinigt) -



Quellen: Europäische Zentralbank; Darstellung des IWH.

Abbildung 11:
Marktwert finanzieller Unternehmen
- Index Januar 2003 = 100 -

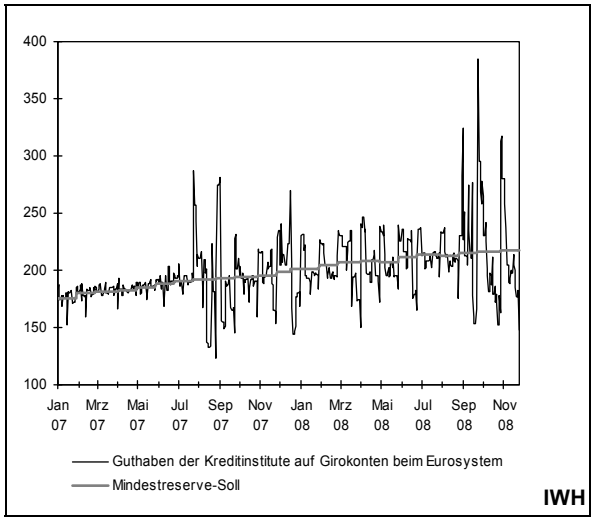


Quellen: Dow Jones; Thomson Financial; Berechnungen des IWH.

zember nochmals und beträgt nunmehr gerade noch 30% seines Werts vom April 2007, als dessen Höchststand erreicht war (Abbildung 11).

Aufgrund der Vertrauenskrise am Interbankengeldmarkt musste das Eurosystem auch die Allokation des Zentralbankgelds im Bankensektor nahezu vollständig übernehmen. Der gänzliche Vertrauensverlust schlägt sich insbesondere in den von der EZB berichteten täglichen Liquiditätsbedingungen der Banken nieder. Üblicherweise haben die Banken ihre Mindestreservepflicht erfüllt, indem sie die entsprechenden Einlagen beim Eurosystem in etwa gleichmäßig über die gesamte Mindestreserveperiode verteilt hielten. Eine Übererfüllung zu Beginn einer Periode war unnötig, da sich die Banken zu jedem Zeitpunkt die zur Erfüllung der Reservepflicht erforderlichen Mittel am Interbankengeldmarkt beschaffen und damit eventuell auftretende Liquiditätsbedarfe zum Periodenende problemlos decken konnten. Aufgrund der hohen Refinanzierungsunsicherheiten, die mit dem Zusammenbruch des Interbankengeldmarkts einhergehen, halten die Banken gegenwärtig insbesondere zu Beginn einer Mindestreserveperiode viel mehr Einlagen bei der Zentralbank, als zur durchschnittlichen Erfüllung der Reservepflicht erforderlich sind. Diese temporäre Überschussreserve wird dann im Verlauf der Erfüllungsperiode sukzessive abgebaut und in ein Defizit umgewandelt. Im Durchschnitt lag die tägliche Abweichung der gehaltenen Einlagen von der geforderten Mindestreserve in der Zeit vor Ausbruch der Finanzkrise meist zwischen drei und sieben Mrd. Euro; in der jüngsten Mindestreserveperiode, die am 09.12.2008 endete, betrug sie fast 44 Mrd. Euro nach mehr als 57,5 Mrd. Euro in der vorangegangenen Erfüllungsperiode (Abbildung 12).[32]

Abbildung 12:
Tägliche Liquiditätsbedingungen im Euroraum
- in Mrd. Euro -

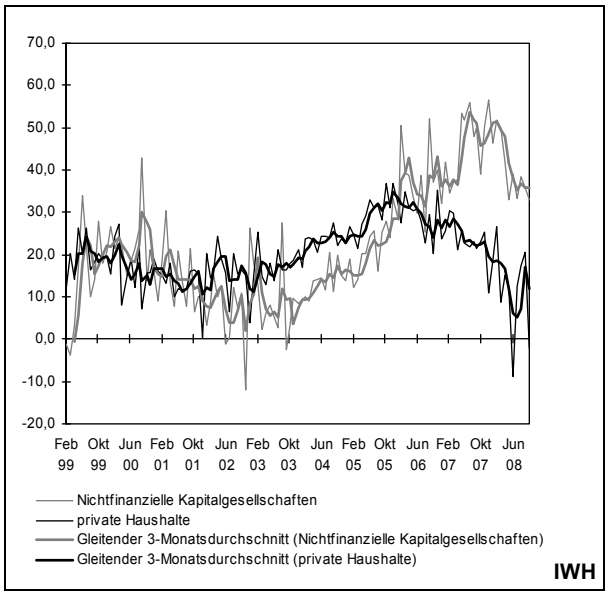


Quellen: Europäische Zentralbank; Darstellung des IWH.

Risiken für die Konjunktur und Implikationen für die Wirtschaftspolitik

Auch wenn die Probleme im europäischen Bankensystem wohl nicht ursächlich für die Rezession im Euroraum sind, so können sie eine baldige wirtschaftliche Erholung doch erheblich behindern. Denn die Risiken für die Kreditversorgung der Wirtschaft nehmen im Euroraum deutlich zu, was sich auch in der merklich abgekühlten Dynamik der Entwicklung der Kreditbestände bis Oktober niedergeschlagen hat (jüngere Daten sind nicht verfügbar) (Abbildung 13). Diese Risiken bestehen in dreifacher Hinsicht. Erstens reduziert eine Beschränkung bei der Kreditaufnahme die finanziellen Spielräume der Unternehmen und Haushalte, deren interne Finanzierungsmöglichkeiten angesichts der düsteren wirtschaftlichen Lage zudem spürbar abschmelzen werden. Zweitens werden monetäre Impulse, die von den Zinssenkungen der EZB auf die Konjunktur

Abbildung 13:
Transaktionsbedingte Veränderungen der Kreditbestände im Euroraum
- in Mrd. Euro, saisonbereinigt -



Quellen: Europäische Zentralbank; Berechnungen und Darstellung des IWH.

[32] Gemessen als statistische Standardabweichung der tatsächlichen Einlagen beim Eurosystem vom Mindestreservesoll innerhalb einer Erfüllungsperiode.

ausgehen sollen, nicht wie sonst üblich vom Finanzsektor übertragen. Schließlich besteht die Gefahr, dass auch expansive fiskalpolitische Maßnahmen nicht die erwünschten Multiplikatoreffekte auslösen, wenn die Privaten sich aus ihren finanziellen Beschränkungen nicht lösen können.

Aus diesen Gründen muss der Stabilisierung und damit der Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Bankensektors oberste Priorität zukommen. Allerdings liegt es in der Natur der Sache, dass über die zur Bewältigung der Bankenkrise zu lösenden Probleme Unsicherheit besteht – jedenfalls so lange, wie die das Misstrauen unter den Banken bestimmende Unsicherheit über den finanziellen Status der einzelnen Kreditinstitute andauert. Allerdings herrscht seit dem Fall Lehman Brothers weitgehend Konsens zumindest darüber, dass das Bankensystem unter einem Eigenkapitalmangel leidet. Die Krise hat sich also nach allgemeinem Verständnis von einer Vertrauenskrise über eine Liquiditätskrise hin zu einer Solvenzkrise entwickelt.

Die Beschlüsse des Weltfinanzgipfels, der im November in Washington stattfand, haben zur Behebung der akuten Unterkapitalisierung keinen nennenswerten Beitrag geleistet, ging es den Ländern der G20 doch darin insbesondere um Richtlinien für eine Neuausrichtung der globalen Finanzordnung. Diese ist zwar unerlässlich, wenn die Gefahren von Finanzkrisen künftig verringert werden sollen. Zur Bewältigung der derzeitigen Krise und zur schnellen Genesung der Banken dürften hiervon jedoch kaum Impulse ausgehen.

Immerhin sind in allen wichtigen Volkswirtschaften bereits nationale Maßnahmen zur Rekapitalisierung der Banken getroffen worden. Diese können grundsätzlich in direkte und indirekte Maßnahmen unterteilt werden. Bei der direkten wird unmittelbares Beteiligungskapital bereitgestellt. Erwirbt der Staat so genannte toxische Anlagen, handelt es sich um eine indirekte Rekapitalisierung – allerdings nur bei einem Erwerb zu Preisen, die über den jeweiligen Marktbewertungen liegen. Eine Übernahme von Garantien stellt nach allgemeinem Verständnis keine Rekapitalisierung dar.

Unabhängig von der konkreten Ausgestaltung wird das frische Kapital, das den Banken bereitzustellen ist, zunächst dafür benötigt, bestehende Schulden der Finanzinstitute abzusichern. Eine direkte Stimulierung des Kreditneugeschäfts darf hieraus nicht erwartet werden. Aber durch die Lösung des Problems des Schuldenüberhangs dürfte sukzessive das Vertrauen in die Banken zunehmen, sodass diese auch wieder in die Lage versetzt werden, neue Mittel am Kapitalmarkt aufzunehmen, die dann zur Wiederaufnahme des Kreditgeschäfts eingesetzt werden können.

Die bestehenden Programme wurden bereits vielfach kritisch beurteilt.[33] Auch in Deutschland wurde die Diskussion über eine Anpassung des bestehenden Programms angestoßen. Bei der Überarbeitung der Regeln zur Implementierung des Finanzmarktstabilitätsgesetzes sind eine Reihe von Punkten besonders zu beachten. So ist beispielsweise sicherzustellen, dass der Staat von den Banken Finanztitel nicht nur mit dem Ziel erwirbt, diese sukzessive und in geordneter Weise wieder zu veräußern oder bis zu deren endgültiger Fälligkeit zu halten. Vielmehr muss ein Verfahren entwickelt werden, nach dem auch eine Restrukturierung dieser Forderungen möglich wird. Denn vielfach werden die Schuldner auch bis Fälligkeit nicht in der Lage sein, diese Forderungen zu bedienen, sodass eine Veräußerung der Titel am Sekundärmarkt oder das Halten bis Fälligkeit nur geringe Einnahmen erwarten lässt.[34] Hierbei ist auch das Problem zu lösen, dass ein Großteil der zugrunde liegenden Forderungen gegenüber Ansässigen außerhalb der deutschen Jurisdiktion besteht und grenzüberschreitende Konkurs- und Restrukturierungsverfahren mit besonderen Schwierigkeiten verbunden sind.

Die Modifikation bestehender Rettungsprogramme muss darüber hinaus darauf abzielen, die Verschuldung der Kreditinstitute abzubauen (*deleveraging*). Hierbei wird es zu einer Marktbereinigung kommen müssen, bei der vor allem sicherzustellen sein wird, dass Abwicklungen nach einem einheitlichen und für die Marktteilnehmer vorhersehbaren Verfahren in geordneter Weise stattfinden. Zudem sind bei diesen Abwicklungen mögliche weitere Ansteckungseffekte (im Sinne der Schaffung einer Firewall) zu verhindern.

---

[33] Vgl. beispielsweise ZINGALES, L.: Plan B, in: Economist's Voice, October 2008, pp. 1-5. – HOSHI, T.; KASHYAP, A. K.: Will the TARP Succeed? Lessons from Japan. NBER Working Paper 14401, October 2008. – HART, O.; ZINGALES, L.: Economists have Abandoned Principle, http://online.wsj.com/article/SB122826736608845 77.html, Zugriff am 03.12.2008.

[34] Zu den Problemen, die sich aus einer Beschränkung auf Veräußerung oder Halten von Aktiva für die Genesung des japanischen Bankensektors ergeben haben, vgl. BEBENROTH, R.; DIETRICH, D.; VOLLMER, U.: Bank Regulation and Supervision in Bank-dominated Financial Systems: A Comparison between Japan and Germany, in: European Journal of Law and Economics (im Erscheinen).

Nicht zuletzt müssen zumindest die systemwichtigen Banken effektiv unter die für sie aufgespannten „Rettungsschirme“ genommen werden.[35] Zwar bestehen erhebliche rechtliche Schwierigkeiten bei einer verpflichtenden Annahme der Rettungsangebote, ob allerdings eine bereits diskutierte Senkung der Versicherungsprämien für staatliche Garantieübernahmen geeignet ist, die Banken zur Inanspruchnahme zu bewegen, ist zu bezweifeln. Vielmehr dürften die Möglichkeiten zur Setzung entsprechender Anreize über eine Subventionierung privater Kapitalbereitstellung noch nicht hinreichend ausgeschöpft sein. Letztlich sind alle Maßnahmen zur Krisenbewältigung nur daran zu messen, ob und in welchem Umfang private Investoren in den kommenden Wochen und Monaten wieder bereit sein werden, den Banken Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die EZB dürfte den Prozess der Stärkung des Bankensektors mit einem raschen Senken des Leitzinses begleiten. Zwar dürften hierdurch weder starke Impulse für die Realwirtschaft ausgehen, noch kann den Banken die bevorstehende, schmerzliche Sanierung erspart werden. Allerdings gäbe die EZB so ein deutliches Signal über ihre geldpolitische Ausrichtung. So können die Marktteilnehmer davon ausgehen, dass der monetäre Impuls unmittelbar mit einem Wiedererstarken des Bankensektors weitergegeben würde.[36] Um darüber hinaus das realwirtschaftliche Geschehen zu stimulieren, sollte die EZB weitere Optionen ins Auge fassen. So könnte sie sogar direkt Wertpapiere am Sekundärmarkt erwerben, statt diese nur als Sicherheiten für die Ausleihungen an Banken zu fordern. Eine solche Politik der quantitativen Lockerung wird bereits von der US-Zentralbank durchgeführt, und auch die EZB könnte so investitions- und konsumrelevante Zinssätze unmittelbar beeinflussen, ohne auf den durch die Bankenkrise lahmgelegten Transmissionsweg über den Bankensektor angewiesen zu sein.

Arbeitskreis Konjunktur
(Udo.Ludwig@iwh-halle.de)

Hans-Ulrich Brautzsch,
Kristina van Deuverden, Diemo Dietrich,
Martina Kämpfe, Axel Lindner,
Brigitte Loose, Juliane Scharff,
Rolf Scheufele, Birgit Schultz, Götz Zeddies

[35] Art und Umfang der Inanspruchnahme des deutschen Finanzmarktstabilisierungsfonds werden amtlich nicht zeitnah veröffentlicht.

[36] Für die Zinspolitik lehrt die japanische Erfahrung jedoch, dass zu niedrige Zinsen (nahe null) kontraproduktiv in Bezug auf die Wiederherstellung des Interbankenhandels sein können, da die Margen zu gering werden um die Transaktionskosten zu decken. Vgl. BABA, N.; NISHIOKA, S.; ODA, N.; SHIRAKAWA, M.; UEDA, K.; UGAI, H.: Japan’s Deflation, Problems in the Financial System, and Monetary Policy. BIS Working Paper 188. Basel 2005.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland
- Vorausschätzung für die Jahre 2008 und 2009 -

	2007	2008	2009	2007		2008		2009	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	1,7	1,5	−0,8	1,8	1,6	1,6	1,3	−0,2	−1,4
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,4	−0,9	−0,8	0,8	0,0	−0,5	−1,2	0,4	−1,9
Arbeitstage	−0,3	0,9	−0,1	−0,4	−0,1	0,8	1,0	-1,7	1,3
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	1,8	1,5	−1,7	2,2	1,5	1,8	1,1	−1,4	−2,0
Produktivität[1]	0,6	0,0	−0,2	0,7	0,5	0,8	−0,8	−1,6	1,2
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2,5	1,4	−1,9	3,0	2,0	2,6	0,3	−3,0	−0,8
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Mrd. Euro									
Konsumausgaben	1 809,4	1 854,3	1 881,3	876,9	932,4	900,5	953,8	913,7	967,6
Private Haushalte[2]	1 373,7	1 401,4	1 411,3	667,2	706,5	683,1	718,3	688,1	723,2
Staat	435,6	452,9	470,0	209,7	225,9	217,3	235,5	225,5	244,5
Anlageinvestitionen	453,5	479,0	459,6	215,4	238,1	230,8	248,1	218,7	240,9
Ausrüstungen	189,4	198,1	178,8	89,4	99,9	96,3	101,9	85,8	93,0
Bauten	236,4	252,5	253,1	112,8	123,6	121,0	131,5	119,4	133,7
Sonstige Anlageinvestitionen	27,7	28,3	27,7	13,2	14,5	13,6	14,7	13,4	14,2
Vorratsveränderung[3]	− 10,9	− 6,3	− 16,3	3,9	− 14,8	3,0	− 9,4	1,5	−17,8
Inländische Verwendung	2 251,9	2 326,9	2 324,6	1 096,2	1 155,7	1 134,3	1 192,6	1 133,9	1 190,7
Außenbeitrag	171,0	157,7	137,1	88,8	82,2	96,1	61,6	71,9	65,2
Exporte	1 137,2	1 198,0	1 158,0	558,2	579,0	598,6	599,4	571,2	586,8
Importe	966,2	1 040,3	1 020,8	469,4	496,8	502,5	537,7	499,2	521,6
Bruttoinlandsprodukt	2 422,9	2 484,6	2 461,7	1 185,0	1 237,9	1 230,4	1 254,2	1 205,8	1 255,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	1,6	2,5	1,5	1,5	1,7	2,7	2,3	1,5	1,4
Private Haushalte[2]	1,4	2,0	0,7	1,2	1,5	2,4	1,7	0,7	0,7
Staat	2,4	4,0	3,8	2,4	2,4	3,6	4,2	3,8	3,8
Anlageinvestitionen	7,2	5,6	−4,0	9,8	4,9	7,1	4,2	−5,3	−2,9
Ausrüstungen	6,3	4,6	−9,8	6,3	6,4	7,7	1,9	−10,9	−8,7
Bauten	8,1	6,8	0,2	13,4	3,8	7,2	6,4	-1,3	1,6
Sonstige Anlageinvestitionen	5,1	2,1	−2,2	4,8	5,4	3,0	1,3	-1,0	−3,3
Inländische Verwendung	2,8	3,3	−0,1	2,7	3,0	3,5	3,2	0,0	−0,2
Exporte	8,0	5,3	−3,3	10,6	5,6	7,2	3,5	−4,6	−2,1
Importe	4,9	7,7	−1,9	6,2	3,7	7,1	8,2	−0,7	−3,0
Bruttoinlandsprodukt	4,4	2,5	−0,9	4,8	3,9	3,8	1,3	−2,0	0,1
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2000)									
a) Mrd. Euro									
Konsumausgaben	1 651,0	1 659,8	1 672,1	807,5	843,5	811,8	848,0	817,3	854,8
Private Haushalte[2]	1 239,8	1 238,2	1 237,7	605,5	634,3	605,8	632,4	604,6	633,1
Staat	411,4	422,1	435,4	202,1	209,3	206,3	215,9	213,3	222,2
Anlageinvestitionen	452,3	472,6	451,3	214,4	237,9	228,0	244,6	214,2	237,2
Ausrüstungen	209,6	221,2	201,4	98,1	111,5	106,7	114,5	96,0	105,4
Bauten	212,9	220,4	217,0	102,2	110,7	106,5	113,8	102,5	114,5
Sonstige Anlageinvestitionen	32,7	34,7	34,8	15,3	17,4	16,4	18,3	16,7	18,0
Inländische Verwendung	2 078,3	2 109,8	2 093,1	1 020,8	1 057,5	1 036,9	1 072,9	1 028,0	1 065,0
Exporte	1 125,7	1 175,1	1 141,2	552,0	573,7	588,2	586,9	562,6	578,6
Importe	961,3	1 010,0	1 004,6	466,6	494,7	489,3	520,7	490,7	513,9
Bruttoinlandsprodukt	2 241,8	2 274,2	2 230,7	1 105,5	1 136,3	1 134,3	1 139,9	1 100,1	1 130,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	0,2	0,5	0,7	0,4	0,1	0,5	0,5	0,7	0,8
Private Haushalte[2]	−0,4	−0,1	0,0	−0,2	−0,5	0,0	−0,3	−0,2	0,1
Staat	2,2	2,6	3,1	2,3	2,1	2,1	3,1	3,4	2,9
Anlageinvestitionen	4,3	4,5	−4,5	6,4	2,6	6,3	2,8	−6,1	−3,0
Ausrüstungen	6,9	5,5	−9,0	6,8	7,1	8,8	2,6	−10,1	−7,9
Bauten	1,8	3,5	−1,5	6,0	−1,9	4,2	2,8	−3,8	0,6
Sonstige Anlageinvestitionen	8,0	6,0	0,3	6,7	9,2	7,2	4,9	2,0	−1,3
Inländische Verwendung	1,1	1,5	−0,8	1,2	1,1	1,6	1,5	−0,9	−0,7
Exporte	7,5	4,4	−2,9	9,7	5,4	6,6	2,3	−4,4	−1,4
Importe	5,0	5,1	−0,5	6,3	3,8	4,9	5,3	0,3	−1,3
Bruttoinlandsprodukt	2,5	1,4	−1,9	3,0	2,0	2,6	0,3	−3,0	−0,8

	2007	2008	2009	2007		2008		2009	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000 = 100)									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben[2]	1,7	2,2	0,7	1,4	2,0	2,3	2,0	0,9	0,6
Konsumausgaben des Staates	0,2	1,3	0,6	0,2	0,3	1,5	1,1	0,4	0,9
Anlageinvestitionen	2,7	1,1	0,5	3,2	2,3	0,8	1,4	0,9	0,1
Ausrüstungen	−0,6	−0,8	−0,9	−0,5	−0,6	−1,1	−0,7	−0,9	−0,8
Bauten	6,3	3,2	1,8	6,9	5,8	2,9	3,5	2,7	1,0
Exporte	0,5	0,9	−0,5	0,9	0,2	0,6	1,2	−0,2	−0,7
Importe	−0,1	2,5	−1,3	−0,1	−0,2	2,1	2,8	−0,9	−1,7
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,1	1,0	1,8	1,9	1,2	1,0	1,0	1,0
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Mrd. Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	1 761,2	1 822,3	1 828,9	860,9	900,3	894,9	927,4	904,5	924,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	225,3	229,2	228,9	109,0	116,3	110,8	118,5	111,3	117,7
Bruttolöhne und -gehälter	958,2	995,4	1 005,0	453,8	504,4	471,3	524,1	480,4	524,6
Übrige Primäreinkommen[4]	577,7	597,7	595,0	298,1	279,5	312,8	284,9	312,9	282,1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	344,2	333,1	298,9	154,9	189,3	161,8	171,2	125,7	173,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 105,4	2 155,3	2 127,8	1 015,9	1 089,6	1 056,7	1 098,6	1 030,2	1 097,6
Abschreibungen	358,8	360,8	364,4	181,1	177,7	182,2	178,6	184,0	180,4
Bruttonationaleinkommen	2 464,2	2 516,1	2 492,2	1 196,9	1 267,3	1 238,9	1 277,2	1 214,3	1 277,9
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	1 827,1	1 871,5	1 839,4	876,6	950,5	914,9	956,7	886,3	953,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	643,5	647,0	605,5	313,8	329,8	332,9	314,1	294,7	310,8
Arbeitnehmerentgelt	1 183,6	1 224,6	1 233,9	562,8	620,8	582,0	642,5	591,6	642,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	3,1	3,5	0,4	3,4	2,9	3,9	3,0	1,1	−0,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,2	1,7	−0,1	1,7	0,7	1,6	1,8	0,5	−0,7
Bruttolöhne und -gehälter	3,4	3,9	1,0	3,5	3,3	3,9	3,9	1,9	0,1
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1,6	2,2	1,9	1,7	1,5	2,1	2,4	2,1	1,7
Übrige Primäreinkommen[4]	3,4	3,5	−0,5	3,7	3,1	4,9	1,9	0,0	−1,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	10,6	−3,2	−10,3	11,0	10,2	4,5	−9,6	−22,3	1,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	4,3	2,4	−1,3	4,5	4,1	4,0	0,8	−2,5	−0,1
Abschreibungen	4,6	0,6	1,0	5,6	3,5	0,6	0,5	1,0	1,0
Bruttonationaleinkommen	4,3	2,1	−1,0	4,6	4,0	3,5	0,8	−2,0	0,1
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3,5	2,4	−1,7	3,5	3,5	4,4	0,6	−3,1	−0,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	4,5	0,5	−6,4	4,0	4,9	6,1	−4,7	−11,5	−1,0
Arbeitnehmerentgelt	3,0	3,5	0,8	3,2	2,8	3,4	3,5	1,6	0,0
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte[2]									
a) Mrd. Euro									
Masseneinkommen	996,1	1 018,8	1 037,1	479,7	516,3	488,7	530,1	499,6	537,5
Nettolöhne und -gehälter	623,4	644,9	649,1	292,4	331,0	300,7	344,2	306,8	342,3
Monetäre Sozialleistungen	449,3	452,3	470,3	226,2	223,1	226,7	225,6	233,6	236,7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	76,7	78,4	82,3	38,9	37,8	38,7	39,7	40,8	41,5
Übrige Primäreinkommen[4]	577,7	597,7	595,0	298,1	279,5	312,8	284,9	312,9	282,1
Sonstige Transfers (Saldo)[5]	−59,2	−66,6	−63,2	− 29,4	− 29,8	− 32,2	−34,4	− 32,1	− 31,1
Verfügbares Einkommen	1 514,5	1 549,9	1 568,9	748,5	766,0	769,4	780,6	780,4	788,5
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	26,3	31,1	32,5	12,6	13,8	15,1	16,0	15,9	16,6
Konsumausgaben	1 373,7	1 401,4	1 411,3	667,2	706,5	683,1	718,3	688,1	723,2
Sparen	167,1	179,6	190,1	93,9	73,2	101,3	78,3	108,2	81,9
Sparquote (%)[6]	10,8	11,4	11,9	12,3	9,4	12,9	9,8	13,6	10,2
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	1,4	2,3	1,8	1,1	1,6	1,9	2,7	2,2	1,4
Nettolöhne und -gehälter	3,0	3,4	0,7	3,0	3,0	2,8	4,0	2,0	−0,5
Monetäre Sozialleistungen	−1,7	0,7	4,0	−2,3	−1,2	0,2	1,1	3,1	4,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	−3,8	2,2	5,0	−4,8	−2,7	−0,6	5,1	5,5	4,5
Übrige Primäreinkommen[4]	3,4	3,5	-0,5	3,7	3,1	4,9	1,9	0,0	−1,0
Verfügbares Einkommen	1,6	2,3	1,2	1,4	1,8	2,8	1,9	1,4	1,0
Konsumausgaben	1,4	2,0	0,7	1,2	1,5	2,4	1,7	0,7	0,7
Sparen	5,1	7,5	5,8	4,3	6,2	7,9	6,9	6,7	4,7

	2007	2008	2009	2007		2008		2009	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates[7]									
a) Mrd. Euro									
Einnahmen									
Steuern	576,3	592,5	592,3	285,6	290,8	297,6	294,9	298,2	294,1
Sozialbeiträge	399,9	405,8	412,2	194,4	205,5	197,1	208,7	201,2	210,9
Vermögenseinkommen	18,0	17,8	16,2	10,8	7,2	11,4	6,4	9,9	6,3
Sonstige Transfers	13,9	14,7	14,3	6,6	7,3	7,3	7,5	7,0	7,4
Vermögenstransfers	10,9	10,8	10,1	4,7	6,2	5,5	5,3	4,9	5,2
Verkäufe	46,6	47,9	50,2	22,0	24,6	22,5	25,4	23,6	26,6
Sonstige Subventionen	0,4	0,4	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Insgesamt	1 065,9	1 089,9	1 095,6	524,2	541,7	541,5	548,4	544,9	550,7
Ausgaben									
Vorleistungen[8]	280,3	295,4	310,2	134,3	145,9	140,7	154,7	148,2	162,0
Arbeitnehmerentgelt	168,0	170,9	174,9	80,2	87,7	81,8	89,2	83,2	91,7
Vermögenseinkommen (Zinsen)	67,4	69,3	75,8	33,2	34,1	34,2	35,0	37,3	38,5
Subventionen	27,1	27,4	27,6	12,7	14,4	12,9	14,5	13,1	14,6
Monetäre Sozialleistungen	418,4	421,2	439,2	210,7	207,6	211,1	210,2	218,0	221,2
Sonstige laufende Transfers	36,4	38,5	41,5	18,0	18,4	20,4	18,2	22,0	19,5
Vermögenstransfers	38,5	36,9	28,6	15,7	22,8	17,2	19,7	14,8	13,8
Bruttoinvestitionen	35,6	37,3	39,3	15,7	19,9	16,9	20,5	17,3	22,0
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	−1,4	−1,4	−1,5	−0,6	−0,8	−0,6	−0,8	−0,7	−0,8
Insgesamt	1 070,1	1 095,6	1 135,7	520,0	550,1	534,5	561,1	553,3	582,4
Finanzierungssaldo	−4,2	−5,7	−40,0	4,2	−8,4	6,9	−12,7	−8,3	−31,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	8,6	2,8	0,0	10,5	6,9	4,2	1,4	0,2	−0,3
Sozialbeiträge	0,0	1,5	1,6	0,1	−0,1	1,4	1,6	2,1	1,1
Vermögenseinkommen	2,9	−1,0	−9,0	8,5	−4,5	5,5	−10,7	−13,2	−1,7
Sonstige Transfers	−1,6	6,0	−2,7	−2,7	−0,7	10,0	2,3	−4,3	−1,2
Vermögenstransfers	17,4	−0,3	−6,6	-0,6	36,3	17,0	−13,6	−10,7	−2,4
Verkäufe	4,3	2,6	4,8	3,5	5,1	2,2	3,1	4,8	4,7
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	4,9	2,2	0,5	5,8	4,0	3,3	1,2	0,6	0,4
Ausgaben									
Vorleistungen[8]	3,9	5,4	5,0	3,8	4,0	4,7	6,0	5,3	4,7
Arbeitnehmerentgelt	0,3	1,8	2,3	0,3	0,3	1,9	1,6	1,8	2,8
Vermögenseinkommen (Zinsen)	3,2	2,9	9,4	3,2	3,2	3,0	2,7	9,1	9,8
Subventionen	1,4	1,3	0,7	3,1	0,0	2,1	0,5	1,1	0,3
Monetäre Sozialleistungen	−1,8	0,7	4,3	−2,4	−1,2	0,2	1,2	3,3	5,3
Sonstige laufende Transfers	3,0	5,9	7,6	0,2	5,9	13,0	−1,0	7,9	7,2
Vermögenstransfers	26,4	−4,2	−22,6	−6,3	66,1	9,7	−13,7	−14,0	−30,1
Bruttoinvestitionen	9,2	4,9	5,3	17,1	3,7	7,3	2,9	2,5	7,6
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	1,7	2,4	3,7	0,5	2,8	2,8	2,0	3,5	3,8

[1] Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – [2] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – [3] Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. – [4] Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. – [5] Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. – [6] Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). – [7] Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. – [8] Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; 2008 und 2009: Prognose des IWH.